

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag.
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Inferionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Die Agitation für Deinen Verband ist in erster Linie Deine eigne Aufgabe!

Die Invalidenversicherung im Jahre 1910.

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1910 sind in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes der Öffentlichkeit übergeben worden. Der Verwaltungsapparat für die Invalidenversicherung ist ein sehr umfangreicher, 20 202 Personen sind in der Versicherung tätig, darunter 485 Kontrollbeamte, 18 222 Beamte bei den unteren Verwaltungsbehörden und 1729 in Heilstätten beschäftigte Personen. Für den Verkauf der Beitragsmarken bestehen 2363 Markenverkaufsstellen, außerdem sind 7316 andere Stellen mit dem Einzug der Beiträge beauftragt.

Die Zahl der von der Invalidenversicherung erfassten Personen wird für das Jahr 1910 auf rund 15 659 700 Personen angenommen, davon sind 10 856 400 Männer und 4 803 300 Frauen. Die Zahl der im Berichtsjahr eingelieferten Invalidenkarten belief sich auf 11 745 722, darunter befanden sich 40 820 für Selbstversicherte. Von den eingelieferten Karten trugen 1 351 723 die Nummer 1. Invalidenkarten werden nur von den 31 Versicherungsanstalten geführt, die zehn andern Versicherungsträger ziehen die Beiträge bar ein. An Wochenbeiträgen wurden bei den Versicherungsanstalten rund 608 Millionen Stück verwendet. Diese Beiträge gaben einen Erlös von M 180 624 699.

Die Zahl der verkauften Wochenbeiträge steigert sich von Jahr zu Jahr, eine Ausnahme in dieser Regel bildeten nur die Jahre 1892 und 1900, in denen der Erlös etwas geringer war als in den Vorgängern dieser Jahre. Die Steigerung der Beitragseinnahme ist neben der höheren Zahl der entrichteten Wochenbeiträge auf die zunehmende Verwendung von Beitragsmarken höherer Lohnklassen zurückzuführen, die ihrerseits wieder auf Lohnsteigerungen zurückzuführen sind. Wie sich diese Verschiebung von 1891 auf 1900 und von 1900 auf 1910 vollzogen hat, zeigt folgende kleine Aufstellung. Von M 100 der Gesamteinnahme entfielen bei den Versicherungsanstalten auf:

	1891		1900		1910	
	M.	P.	M.	P.	M.	P.
Bohnklasse 1	17 06	11 73	4 81			
" 2	36 87	80 84	18 45			
" 3	24 98	25 27	24 01			
" 4	21 09	21 07	20 50			
" 5	—	11 59	82 23			

Die Tabelle zeigt, daß bis zum Jahre 1900 keine Beitragsmarken der Bohnklasse 5 vorhanden sind. Diese Klasse wurde im Jahre 1900 geschaffen. Zehn Jahre nach Schaffung der Klasse entfielen aber schon 32,23 pZt. der Beiträge auf diese Klasse, während die Bohnklasse 1, die im Jahre 1891 noch 17 pZt. der Beiträge aufbrachte, 1910 nur noch mit 4,81 pZt. beteiligt ist. Interessant ist die in den Nachweisungen gegebene Uebersicht über die Lohnklassen in den einzelnen Provinzen. Deutlich treten die kulturell rückständigen Gebiete, d. h. die Gebiete mit niedrigen Löhnen hervor.

Der Verschiebung nach den höheren Klassen entsprechend ist auch die durchschnittliche Höhe des Wochenbeitrages gestiegen; er betrug bei den Versicherungsanstalten im Jahre 1891 20,81 s., im Jahre 1910 25,86 s. Bei den zugelassenen Kasseneinrichtungen betrug die durch-

schnittliche Beitragshöhe im Jahre 1900 (frühere Nachweisungen existieren nicht) 29,89 s., im Jahre 1910 32,23 s.

Die Zahl der im Jahre 1910 zugegangenen Renten belief sich auf 138 667. Davon sind 114 755 Invalidenrenten, 12 287 Krankenrenten und 11 625 Altersrenten. Der zur Auszahlung gekommene Rentenbetrag belief sich im Durchschnitt für die Invalidenrenten auf M 176,93, für die Krankenrenten auf M 175,74 und für die Altersrenten auf M 164,31. Die Zahlen zeigen wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie unzulänglich unsere Invaliden- und Altersversorgung ist.

Von M 164,31 ein volles Jahr zu leben, ist ein Kunststück, das nur wenige fertig bringen; die Mehrzahl muß mit solchen „Renten“ einen Hungerriemen haben, der zugechnallt werden kann, wenn der Magen sein Recht verlangt.

Beitragsentlastungen wurden festgesetzt bei 147 297 Heiratsfällen, 494 Anfällen und 34 923 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf M 40,27, M 98,62 und M 100,30 stellte. An Entschädigungen wurden von den 41 Versicherungsträgern im Berichtsjahr M 120 879 150,19 zur Auszahlung gebracht, davon entfielen auf Renten M 111 449 217,37. Hierzu treten die Leistungen des Reichs mit M 52 538 187. Für das Heilverfahren sind von den Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen M 21 102 166,41 aufgewendet worden. Die Invalidenhauspflege ist im Berichtsjahr von 27 Versicherungsträgern durchgeführt worden. Die Ausgaben dafür betrugen M 1 216 405,84. Die Verwaltungskosten stellten sich auf M 21 367 297,94, das sind M 108 von M 1000 der Einnahmen aus Beiträgen und M 128 vom Tausend der gesamten Ausgaben. Von M 1000 der überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Aufwendungen entfielen auf die allgemeine Verwaltung M 603, auf die Einziehung der Beiträge M 128, auf Kontrollkosten M 98 und auf sonstige Kosten M 198.

Die Gesamteinnahme der Versicherungsträger im Jahre 1910 belief sich auf 254,45 Millionen Mark. Die Ausgaben beziffert sich auf 166,41 Millionen Mark. Seit dem Jahre 1900 haben die Versicherungsträger jedes Jahr einen Ueberschuß von zirka 80 Millionen gehabt. Am Schluß des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf eine Milliarde 662 Millionen, wozu noch der Buchwert der Inventarien mit M 6 666 869,12 tritt. Von M 1000 Vermögen waren M 17 im Kassenbestand, M 932 in Wertpapieren und Darlehen und M 51 in Grundstücken angelegt. Bei den riesigen Vermögen, wie es die Versicherungsanstalten besitzen, ist es unverständlich, wenn arme Arbeiter mit ihren Rentenansprüchen abgewiesen werden, weil nicht bis aufs Lipfchen vom i festgestellt ist, ob sie nicht vielleicht doch noch ein bißchen mehr als das zulässige Drittel ihrer früheren Erwerbssfähigkeit behalten haben, und bei solchen immensen Summen werden Renten gewährt, die zum Sterben zu groß, zum Leben unter den heutigen Verhältnissen aber bei weitem zu klein sind.

Die Aufspeicherung von mehr als anderthalb Milliarden Mark für eine ferne Zukunft, wie sie von den Versicherungsträgern der Invalidenversicherung durchgeführt wird, ist ein Widersinn, den nur deutsche Staatsbureaucratie aushecken konnte.

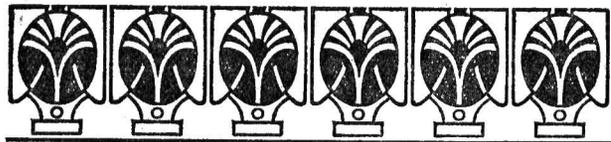
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schokoladen- und Kakaofabrik von Ruß-Schard in Lörrach i. S.

Einer der wenigen Betriebe in der braunen Industrie, wo es bisher der Organisation noch nicht gelungen ist, unter den Beschäftigten Eingang zu finden, ist die Weltfirma Ruß-Schard in Lörrach. Das Muttergeschäft des kapitalistischen Unternehmens ist in Neuchâtel, Schweiz. Im Lörracher Zweigbetrieb werden etwa 600 Personen, darunter der größere Teil weibliche Arbeitskräfte, beschäftigt. Unter letzteren natürlich, wie in der Gesamtindustrie, ein hoher Prozentsatz jugendlicher, kaum der Schule entlassener Mädchen. Die Lohnverhältnisse sind kurz gesagt schlecht und für die Beschäftigten zu einem auskömmlichen Lebensunterhalt kaum ausreichend. Junge Mädchen erhalten beim Eintritt M 1 bis M 1,10, Frauen M 1,60 und ungelernete Arbeiter M 2,20. Die Firma mußte sich im Vorjahr selbst darüber klar gewesen sein, daß mit einem solchen Einkommen keine großen Sprünge gemacht werden können in einer Zeit, wo die Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsartikel durch die famose Zollpolitik der Regierung ungeheuer in die Höhe geschraubt wurden. Sie gab den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von M 7,50 für Verheiratete, M 5 für Ledige über 18 Jahre und M 3 für die Beschäftigten unter 18 Jahren pro Monat auf die Dauer von vier Monaten. Nun ist auch diese Zeit, wo die Zulagen gewährt wurden, vorüber; die Preise sind jedoch noch genau so hoch wie vor Monaten und die Beschäftigten sind auf ihre kargen Löhne allein angewiesen. Wie dann ein Untermeister zu der salomonischen Weisheit kommen kann und den Arbeiterinnen gegenüber äußern konnte: „Zhr lebt gut bei Kartoffeln und Kaffee“, das ist uns ein Rätsel. Entweder wollte der gute Mann die Arbeiterinnen in recht höflicher Weise verhöhnen, oder er ist so naiv und meint, die Arbeiterchaft muß zeitlebens auf der niedrigsten Stufe der Bedürfnislosigkeit stehen bleiben. Das würde auch der Fall sein, wenn es alle so machen wie der eine Arbeiter, welcher die tägliche Lohnerhöhung von 10 s mit der Begründung zurückwies: seine Kuh gäbe nun einen Topf Milch mehr als früher. Wenn die Bedürfnislosigkeit soweit um sich griffen hat, daß man aus dem Elend nicht mehr heraus will, dann können sich auch Untermeister solche blöde Bemerkungen erlauben.

Überall dort, wo die Löhne niedrige sind, kann man die Wahrnehmung machen, daß die Unternehmer mit Wohlfahrts-einrichtungen und allerlei Prämien versuchen, den Arbeitern ihr Elend schmachthaft zu machen. Die Firma hat eine Anzahl Wohnhäuser für die Beschäftigten erbaut, wo bereits Wohnungen zum Preise von M 15 monatlich gemietet werden können. Da aber diese Wohlfahrts-einrichtung nur für die im Betriebe Beschäftigten besteht, so erfolgt gleichzeitig mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses auch die der Wohnung. Dann bestehen die sogenannten Hochzeitsprämien, die an Verheiratete nur dann zur Verteilung kommen, wenn die Geburt des Kindes nach einem Jahre der Verheiratung erfolgt. Diese Einrichtung wird von bösen Menschen auch „Heiratsprämie“ genannt.

Im Jahre 1910 wurde jedoch den Beschäftigten eine besondere Ehrung zuteil. Etwa 500 Personen fuhren unter Führung des Direktors Holzach zur Beschäftigung des Mutterbetriebes in die Schweiz nach Neuchâtel. Außer freier Fahrt erhielten die Beteiligten pro Person M 10 und ein Mittagessen. Acht Tage später erwiderten die Schweizer den Besuch in Lörrach. Durch solche Palliativ-mitteln wird versucht, die Zufriedenheit unter den Beschäftigten zu erhalten, und nach dem mäßigen Organisationsverhältnis hat es auch nach außen hin den Anschein, als würden die Arbeiter und Arbeiterinnen sich niemals eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse wünschen. Da findet man die Beschäftigten in allen möglichen religiösen Sekten, in der Heilsarmee und in verschiedenen Vergnügungsvereinen, aber ja nicht dort, wo ihre Interessen vertreten werden können — in der zuständigen Berufsorganisation. Solange dieser Zustand besteht, ist nicht daran zu denken, daß die kleinste Verbesserung Platz greifen wird. Die Vorbedingungen zur Aenderung der bestehenden Verhältnisse liegen nur in einer starken Organisation.

Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, um den Gewerkschaftsgedanken zu wecken, damit auch die Arbeiter und Arbeiterinnen das Beispiel der Berufsangehörigen in den übrigen Städten nachahmen und sich vollzählig dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren anschließen werden.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Mit der Versendung des Jahrbuches für 1911 wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Mitglieder können es also bald von den Zahlstellenleitungen abfordern; sie bekommen es, wie alljährlich, unentgeltlich ausgehändigt, wenn ihr Mitgliedsbuch in Ordnung ist.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wurde auf Antrag des Vorstandes der Zahlstelle Breslau: Theodor Hipke (Buch-Nr. 5576). Der **Verbandsvorstand**. J. A.: O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 19. bis 24. Februar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein: Für Februar: Mainz M. 193,90, Wiesbaden 302,40, Forst 31,80.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: W. S. Glenze M. 5, J. S. Wriedel 4, W. M. Neustadt 5, S. Sch. Dahme 5, L. M. Gaderleben 5, C. F. Lugano 6, A. G. Neusalzbrunn 2,25.

Für Abonnements und Annoncen: L. Strobel-Freising M. 3, Frankfurt a. d. O. 2,70, J. St.-Guglietti 5. Der **Hauptkassierer**. O. Freytag.

Spätestens am 2. März ist der 10. Wochenbeitrag für 1912 (3. bis 9. März) fällig.

Aus den Bezirken.

Erfurt. Den Mitgliedern, Arbeitgebern, Genossenschaften usw. zur Kenntnis, daß der Bezirksarbeitsnachweis nunmehr eröffnet ist. Arbeitslose und Arbeit suchende Kollegen haben sich zwecks Einschreibung schriftlich an den Bezirksleiter M. Friedrich, Erfurt-N., Alte-Fritzstraße 75, 2. St., zu wenden. Einzelzahler haben das Mitgliedsbuch einzuschicken, andere Mitglieder eine Bescheinigung ihres Zahlstellenvorstandes, daß sie zur Eintragung berechtigt sind.

Freiburg i. Br. Adressenänderung. Vorsitzender: Theodor Stuhz, Turnplatzstr. 28/3. Kassierer: A. Hecke, Güntherthalstr. 55, Hth. 2.

Planen i. W. Die Adresse des Vorsitzenden ist von jetzt an: Ottom Dehne, Trodenhallstr. 40, 2. St. Die Unterstützung wird beim Kassierer Karl Strobel, Seumestr. 59, 1. St., ausbezahlt.

Sterbetafel.

Dresden. Else Hacker, gestorben am 16. Februar im Alter von 21 Jahren.

Wiesbaden. Josef Steigerwald, Bäcker, gestorben Anfang Februar in Würzburg im Alter von 18 Jahren.

— Johann Kressierer, Bäcker, gestorben Mitte Februar in Niederhadamar im Alter von 18 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichtstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Fabrikbranche.

Zwischen der Firma Gebrüder Guhn in Wüstenhausen und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Cassel, wurde heute folgender

Tarifvertrag

abgeschlossen.

a) **Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Vom 15. April bis 1. Oktober wird von 6 bis 6 Uhr gearbeitet, vom 1. Oktober bis 15. April von 7 bis 7 Uhr. Pausen: eine Stunde Mittag, eine halbe Stunde Frühstück und eine halbe Stunde Vesper. Sonnabends beträgt die Arbeitszeit neuneneinhalb Stunden und eine Viertelstunde Vesper.

b) **Löhne.** Die Löhne der Lehrlinge betragen im ersten Jahre M 5 bis M 6, im zweiten Jahre M 7 und im dritten Jahre M 9 pro Woche. Ausgelernte erhalten einen Mindestlohn von M 13, steigend innerhalb eines Jahres auf M 15 pro Woche. Die Löhne der erwachsenen Arbeiter in den einzelnen Abteilungen erhöhen sich nach getroffener Vereinbarung um M 1, 2 und 3 pro Woche. Diese Löhne sind auch bei etwaigem Personalwechsel maßgebend. Die Löhne von zwei Arbeiterinnen erhöhen sich von M 8,50 auf M 10 pro Woche, bei einer Arbeiterin auf M 12 pro Woche, sofern nicht Afford vorliegt. Bei verbesserter Einrichtung und Aufstellung leistungsfähigerer Maschinen tritt ein neuer Afford in Kraft.

c) **Ueberstunden.** Alle Arbeiten über die oben festgesetzte Arbeitszeit hinaus werden als Ueberstunden mit 10 pSt. Aufschlag bezahlt.

d) **Lohnzahlung.** Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage Sonnabends sofort nach beendigter Arbeitszeit.

e) **Allgemeines.** Das Mitbringen von alkoholischen Getränken sowie das Holen von Frühstück in der Stadt ist verboten. Pünktliches Ankommen wird sämtlichen Beschäftigten zur Pflicht gemacht. Etwa vorkommende Differenzen werden zwischen beiden Tarifkontrahenten geregelt. Maßregelungen wegen Eintretens für die strikte Durchführung dieses Tarifes sowie wegen Zugehörigkeit zum Verband dürfen nicht stattfinden.

f) **Tariffdauer.** Die Vereinbarungen über die getroffenen Lohn- und Arbeitsbedingungen für die einzelnen Abteilungen gelten für die Dauer von zwei Jahren, und zwar vom 1. März 1912 bis 1. März 1914. Wird der Tarif nicht zwei Monate vor Ablauf von einer der beiden Parteien gekündigt, so läuft er stillschweigend ein Jahr weiter.

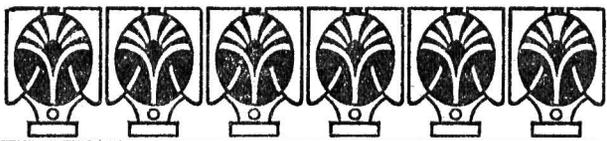
Wüstenhausen-Cassel, den 15. Februar 1912.

Die Arbeitgeber: Gebr. Guhn.

Für die Arbeitnehmer:

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgen. Deutschlands, Mitgliedschaft Cassel. J. A.: P. Finkentein.

Es kommen insgesamt 20 Personen für diesen Tarif in Frage. Unsere dortige Kollegenschaft hat das erste Mal recht anerkennenswerte Zugeständnisse gegenüber den bisherigen Verhältnissen durchsetzen können, wenn auch einzelne Positionen, wie zum Beispiel die vierzehntägige Lohnzahlungsfrist bald einer weiteren Verringerung bedürfen. Hoffentlich haben unsere Kollegen aber vor allem aus der ganzen Bewegung die Lehre gezogen, daß nur vereinte Kräfte zum Ziele führen können.



Korrespondenzen.

Bezirkskonferenz in Berlin.

Aus dem Bezirk Berlin nahmen 46 Delegierte an der Konferenz teil, die am 18. Februar im „Rosenhaller Hof“ abgehalten wurde. Gehshold gab zunächst eine Ueberblick über die „Machtmittel der Arbeitgeber bei Lohnkämpfen usw.“. Der Arbeiterschutzbund der Bäckermeister hat eine große Bedeutung gehabt und bei den Lohnkämpfen nichts ausrichten können. Als letztes Mittel haben die Meister dann die Gelben gegen die Bestrebungen des Verbandes benützt. An sich braucht der Verband die Bewegung der Gelben nicht bedauern; denn durch ihre verlogene Agitation sind manche indifferente Kollegen veranlaßt worden, sich um die Bestrebungen des Verbandes zu kümmern und sich ihm zuzuwenden. Gefährlich werden die Gelben allerdings bei Lohnbewegungen. Zwar nicht durch ihre Zahl; denn die ist sehr unbedeutend, aber dadurch, daß sie als Kronzeugen der Meister auftreten, indem sie der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und die Forderungen des Verbandes diskreditieren. Noch gefährlicher ist das Treiben der Gelben, wenn der Verband Forderungen auf Verbesserung der sozialen Gesetzgebung stellt. Dann erscheinen sie selbst mit Gegenangaben, welche sich den Anschein geben, als kämen sie von Arbeitnehmern, während sie doch nur die Interessen der Arbeitgeber vertreten. Neben der Heranziehung der gelben Garde haben die Meister auch versucht, ihre eigene Organisation auszubauen, doch nicht mit großem Erfolge. Für die Leistung von Beiträgen zu solchen Zwecken sind die Bäckermeister nicht zu haben. Deshalb hat man unter Anwendung terroristischer Mittel die Geseffabrikanten veranlaßt, an den Kampffonds der Bäckerinnungen regelmäßige Zumdungen aus dem Erlös der Gese zu machen. Auch die Gründung des Zweckverbandes der Innungen gehört zu den Kampfmitteln gegen den Verband. Man darf diese Mittel nicht über-, aber auch nicht unterschätzen. Jedenfalls haben sie den Bestrebungen des Verbandes noch keinen Abbruch getan. Weiter haben es die Meister versucht mit Schadenersatzklagen wegen Boykott, mit dem von der Polizei unterstützten Kampf gegen die Plakate, welche die Bewilligung der Forderungen des Verbandes anzeigen, und mit Strafen, welche die Innungen gegen ihre Mitglieder erlassen, welche solche Plakate aushängen. Ja, es ist sogar schon versucht worden, Meister in Strafe zu nehmen, weil sie die Forderungen des Verbandes bewilligt haben. — Die Unternehmer in der Schokoladen- und Zuckerwarenbranche arbeiten mit schwarzen Listen gegen den Verband, auch lassen sie durch Spione auskundschaften, wer organisiert ist, um dann die Organisierten auf die Strafe zu setzen. Nach diesem System arbeitet besonders die Firma Hildebrandt. Unter den Arbeitern dieser Branche hat der Verband keine ernsthaften Gegner. Die Hirsch-Dunderschen, welche hier vor Jahren eine gewisse Rolle spielten, haben in dieser Branche keinen Anhang mehr.

Hierauf besprach der Redner die „Kampfmittel und Agitationsmethoden des Verbandes“. Größere Lohnkämpfe stehen für dieses Jahr im Bezirk nicht in Aussicht. Das darf aber kein Anlaß sein, in der Agitation nachzulassen; denn wir müssen gerüstet sein auf die Kämpfe, die in Zukunft noch kommen werden. Gehshold machte eingehende Vorschläge, wie die Agitation zu betreiben ist. Besonders müsse die Hausagitation betrieben werden, und zwar nicht erst, wenn eine Lohnbewegung nahe bevorsteht, sondern zu jeder Zeit. Notwendig sei auch die ständige Fühlung mit den andern Gewerkschaften in den örtlichen Kartellen, sowie die politische Betätigung in den Wahlvereinen. Ferner müsse Wert darauf gelegt werden, daß die Ausgelernten für den Verband gewonnen werden, ehe sie von gegnerischen Organisationen auf falsche Wege geleitet werden; dann werde die Organisation für die Kämpfe der Zukunft gerüstet sein.

Dem Referat folgte eine ausgedehnte Diskussion, die hauptsächlich die Organisations- und Berufsverhältnisse in verschiedenen Orten zum Gegenstand hatte. Gegenüber

einigen Äußerungen, die allzu große Erwartungen auf den Boykott setzten, entgegnete der Verbandskassierer Barth: Eine Lohnbewegung könne nicht durch Boykott allein gewonnen werden. Die notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnbewegung sei, daß der Verband an dem betreffenden Orte einen starken Stamm zuverlässiger Mitglieder habe und daß die Organisation mit der gesamten Arbeiterbewegung rege Beziehungen habe. — Zur Beleuchtung der Lehrlingszuchterei im Bäckergewerbe führte ein Redner an, daß in Forst (Lausitz) neben 50 Gesellen 100 Lehrlinge vorhanden sind. Aus Spandau wurde berichtet, daß für Lehrlinge Arbeitszeiten von 13 bis 16, ja sogar 16 Stunden üblich sind.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Arbeiter und Lehrlingschutz“ sprach Bezirksleiter Schneider. Er führte aus, die bestehenden Schutzvorschriften seien schon an sich ungenügend, sie würden aber dadurch völlig wertlos, daß ihre Befolgung nicht kontrolliert werde und deshalb Verstöße gegen die Schutzvorschriften an der Tagesordnung seien. Die Polizei kümmere sich nicht darum. Ja, wenn man eine Uebertretung der Schutzbestimmungen anzeige, dann sei die erste Frage des Beamten: „Was geht denn Sie das an.“ Derartige Erfahrungen dürften aber die organisierten Kollegen nicht abhalten, auf strenge Befolgung der Schutzvorschriften zu sehen und Verstöße gegen dieselben zur Anzeige zu bringen. Eine der hauptsächlichsten Tätigkeiten müsse die sein, eine Erweiterung der bestehenden Schutzbestimmungen sowie die Einführung eines sechs- und dreißigtündigen Ruhetages in jeder Woche und die Kontrolle über die Befolgung der Schutzvorschriften durch eine besondere Aufsichtsbehörde unter Mitwirkung von Arbeitern zu fordern. — Die gesetzliche Vorschrift, daß jugendliche Arbeiter in Betrieben mit wenigstens zehn Arbeitern nachts nicht beschäftigt werden dürfen, gelte nicht für die Bäckerlehrlinge, sofern im Betriebe nur Nacharbeit herrsche, was ja die Regel ist. Die tägliche Maximalarbeitszeit für Lehrlinge sei im ersten Jahre zehn, im zweiten Jahre elf Stunden, dann trete für sie die Arbeitszeit der Gesellen in Kraft. Dazu komme noch, daß so ein Lehrling, nachdem er 14 bis 16 Stunden gearbeitet hat, die Fortbildungsschule besuchen muß. Die Handwerkskammer hat nämlich bestimmt, daß der Fortbildungsunterricht außerhalb der Arbeitszeit erteilt werden soll. Unter diesen Umständen könne ein Bäckerlehrling nach zwölf-, vierzehn-, sechzehn- und achtzehn Stunden keinen Nutzen vom Schulunterricht haben. Es sei ganz natürlich, daß die Knaben in der Fortbildungsschule einschlafen. Der Redner forderte deshalb, daß der Fortbildungsschulunterricht in die Arbeitszeit, und zwar in die Vormittagsstunden derselben verlegt werde.

Nach einer kurzen Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde eine vom Referenten beantragte Eingabe an den Magistrat beschlossen, welche die städtischen Behörden ersucht, den Fortbildungsschulunterricht für Lehrlinge und Jugendliche im Bäcker- und Konditorenberuf in die Arbeitszeit zu verlegen.

Ueber die „Krankenversicherung“ machte Gehshold längere Ausführungen, in denen er die Ursachen klarlegte, weshalb der Verbandsvorstand jetzt die neue Markt-Staffel einführt. Nachdem die Besprechung dieses Punktes beendet war, sprach er noch über die „Bezirksarbeitsnachweise des Verbandes“. Solche bestehen in Berlin, Stettin und Rottbus. Gehshold betonte, daß der Arbeitsnachweis eine notwendige Einrichtung sei nicht nur im Interesse der Arbeitsvermittlung, sondern auch, um Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Von diesem Gesichtspunkte aus sei es eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, daß die bestehenden Arbeitsnachweise allgemein benutzt und neue eingerichtet werden, wo die Voraussetzungen dazu vorhanden sind. Die Arbeitsnachweise müßten natürlich bestrebt sein, die berechtigten Ansprüche beider Seiten zu erfüllen.

Mit dem Wunsche, daß die auf der Konferenz gegebenen Anregungen zum Wohle des Verbandes verwertet werden mögen, schloß der Vorsitzende Schneider die Verhandlungen.

Bezirkskonferenz für Chemnitz.

Am 11. Februar tagte in Crimmitschau im Verkehrslokal die Bezirkskonferenz des Chemnitzer Bezirkes. Delegierte aus allen Zahlstellen des Bezirkes waren anwesend. Der Hauptvorstand war vertreten durch den Vorsitzenden Ullmann. Kollege Heil eröffnete die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Konferenz dazu beitragen möge, den Chemnitzer Bezirk etwas vorwärts zu bringen.

Kollege Dertel-Crimmitschau übernahm den Vorsitz. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Ullmann. Er führte aus, daß jeder vernünftige Mensch, der einigermaßen Geschichte kenne, wisse, daß eine vorwärtstrebende Volksmasse nicht mit Gesezes- und Machtmitteln zu bekämpfen sei. Früher oder später erreiche sie doch die Ziele, die sie verfolgen. Dies könne man an aufsteigenden Industriestaaten, wie England, Amerika und Deutschland, am besten erkennen, wo eine aufwärtstrebende Arbeiterklasse, die den Reichtum der Nationen mit ihrer Hände Arbeit hervorbringe, auch Anteil an den Kulturwerten der Menschheit fordbere. Ullmann verbreitete sich des weiteren über das Koalitionsrecht und die Bekämpfung desselben durch unsere Gegner. Eine scharfe Kritik übte er an unsern Innungsmeistern als Gegnern des Koalitionsrechts ihrer Arbeiter. Diese Gesellschaft, die es verstanden hat, das Koalitionsrecht für sich in der ausgesprochensten Weise in Anspruch zu nehmen (Zwangsinnung), möchte dieses Recht ihren Arbeitern illusorisch machen. Weiter ging der Referent dann auf die Machtmittel unserer Gegner von der Entstehung der Organisation bis zum heutigen Tage ein. Wie man am Anfang die Führer unseres Verbandes von Ort zu Ort geholt, sie ausgehungert habe, bis dieselben einen andern Beruf ergriffen hätten und so für unsere Organisation nicht mehr in Frage kamen. Oft habe man versucht, die Kollegen in öffentlichen Versammlungen auf unsere Führerschaft zu ziehen. Die Vereinigungen der Meisteröhne, gegründet, um bei vorkommenden Streiks Streikbrecher zu liefern, haben aber elendiglich Fiasko gemacht, da die Meisteröhnen zu intensiver Arbeit nicht zu gebrauchen waren. Dann habe man unter dem bekannten Professor Westphal den Zentralarbeitsnachweis gegründet (Maßregelungsbureau). Aber auch hier mußten die Unternehmer sehen, daß das Geld zum Fenster hinaus-

geworfen war; dieser Arbeitsnachweis versagte voll und ganz. Wer aber glaubte, daß die Meisterschaft einmal ge- schenkt worden sei, sah sich sehr getäuscht. Durch die Gründung der gelben Gewerkschaft trat man wieder auf den Kriegspfad. Mit dieser Sorte Arbeiter habe man dann aber auch schmächtig Schiffbruch gelitten. Zum Schluß schilderte Allmann die neuesten Versuche der Unternehmer, unsere Lohnbewegungen zu zunichte zu machen, und forderte die Kollegen auf, sich über alle diese Fragen zu orientieren, um bei vorkommenden Lohnbewegungen gerüstet zu sein.

Die Diskussion setzte beim nächsten Punkt ein: „Welche Lohnkämpfe stehen uns bevor.“ Daß in unserm Bezirk endlich einmal etwas geschehen müsse, darüber waren sich alle Anwesenden einig. Kollege Heil ermahnte die Delegierten, vor allen Dingen nun tüchtig auf dem Posten zu sein, um die Kollegen beim Kleinmeister vorwärts zu bringen.

Punkt 3, „Agitation“, behandelte wieder Kollege Allmann und empfahl die Hausagitation als beste Agitation. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Ueber „Arbeiter- und Lehrlingschutz“ sprach Kollege Heil. Aus dem lehrreichen Vortrag war zu ersehen, daß noch manches faul ist in bezug auf den Arbeiterschutz. Vor allen Dingen müsse man sehen, daß man die Kollegen, die noch beim Zunftmeister arbeiten, auf die Höhe anderer Arbeiter bringe und sie wenigstens einen Nebetag in der Woche haben. Auch müssen die Kollegen mehr denn je ein Augenmerk auf die Lehrlinge haben, die oft in der un- menschlichsten Weise ausgebeutet werden. Systematischen Besuchsberichten müsse das Handwerk gelegt werden. In der Diskussion wurde noch besonders gefordert, daß die Be- höörden die Stunden der Fortbildungsschule nicht auf die Schlafzeit der Lehrlinge ausdehnen, damit die geringe Er- holungszeit dieser armen Wesen nicht zu sehr beeinträch- tigt werde.

Beim Punkt „Krankenversicherung“ gab Allmann einen Rückblick auf unsere Krankenkassenverhält- nisse, das Inkrafttreten der Zunftkassen usw. und kam dann auf unsere Beitragsstaffel zu sprechen. Dieser Neueinrichtung wurde allseitig zugestimmt.

Den letzten Punkt, „Bezirksarbeitsnach- weis“, behandelte gleichfalls Kollege Allmann. Er wies auf die schöne Erfolge dieser Nachweise hin; aber sie müßten noch besser ausgebaut werden. In der lebhaften Diskussion wurde festgelegt, daß feste Arbeit nur durch den Bezirksarbeitsnachweis zu vergeben ist.

Allmann schloß die Konferenz mit der Ermahnung, tüchtig auf dem Posten zu sein. Es sei viel Gutes und Schönes auf der Konferenz gesagt worden, und wenn das jeder beherzige, müsse es vorwärtsgen und würden wir das uns gesteckte Ziel erreichen.

Bezirkskonferenz in Erfurt.

Am 18. Februar fand hier die Bezirkskonferenz statt. Bezirksleiter M. Friedrich begrüßte die Delegierten und gab die Gründe bekannt, welche zur Einberufung der Kon- ferenzen führten. Ueber: „Die Machtmittel der Ge- gner“ referierte Kollege O. Allmann und zeigte, was für harte Arbeit bei den letzten Lohnkämpfen geleistet werden mußte, um die Machinationen der Gegner zu hintertreiben. Er gab schließlich viele Hinweise, wie in der Zukunft gearbeitet werden muß. Die Diskussion be- seitzte die Überzeugung, daß das Referat viele lehrreiche Informationen gebracht hatte.

Zum zweiten Punkt erläuterte der Bezirksleiter, wie sich unsere Zahlstellen bei den bevorstehenden Lohnkämpfen im Bezirke zu unterstützen haben.

Beim dritten Punkt wurden die Berichte sämtlicher Zahlstellen gegeben, welche mit großem Interesse gehört wurden. Hervorgehoben wurde, daß bei der Agitation in Hinsicht auf die Klimbinvereine usw. überall eine andere Taktik eingehalten werden muß. Die Feststellung, daß die Kollegen in den Genossenschaftsbädereien sich von der Agi- tation mit allerhand Ausreden drücken, wurde lebhaft be- dauert; alle waren darin einig, die Pflicht zur Agitation muß auch diesen Kollegen endlich beigebracht werden. Auch der Vertreter des Hauptvorstandes unterstützte diese Mah- nung; denn sollen wir siegreich sein, so muß ein jeder seinen Mann stellen. Friedrich gab dann noch die nötigen Informationen für die Agitation und hofft, daß dieselben korrekt durchgeführt werden.

Zu Punkt 4: „Lehrlings- und Arbeiter- schutz“, referierte Friedrich und erntete großen Beifall. Ueber: „Krankenversicherung“ sprach Kollege Allmann; er legte die Gründe dar, weshalb im Verbands die neue Unterstützungsvereinbarung geschlossen wurde und konnte man daraus nur schließen, daß sie zum Wohle der Kollegenschaft gereichen werde.

Ueber: „Bezirksarbeitsnachweise“ referierte gleichfalls Allmann und gab ein Bild der Entwicklung und der Fort- schritte derselben; er legte klar, wie in unserm neuen Nach- weise gearbeitet werden müsse und hofft auf ein recht er- freuliches Zusammenarbeiten mit unserm Bezirksleiter. Friedrich appellierte an die Delegierten, den An- weisungen nachzukommen und unserm Nachweis ein gutes Renommee zu verschaffen. In der Diskussion wurde der neue Nachweis mit Freuden begrüßt, da man ihn schon längst gewünscht hatte.

Auf Eruchen eines Delegierten gab E. Allmann noch Aufklärung über die Unterstützungsstaffel deutscher Konsum- vereine; seine Ausführungen wurden mit großem Inter- esse aufgenommen. Aus der darauffolgenden Debatte konnte man schließen, daß viele Mitglieder der Einrichtung sympathisch gegenüberstehen.

Zum Schluß ermahnte Friedrich, als rechte Pioniere zu Hause zu wirken und zielbewußt arbeiten zu wollen, damit die Organisation unsern Kollegen nun auch endlich in diesem Bezirk auf die Höhe kommt.

Bezirkskonferenz für Halle a. d. S.

Die Konferenz wurde am 18. Februar in Kämpfs Lokal in Reitz abgehalten. Nachdem der Arbeitergefangen- verein von Reitz die Delegierten durch zwei gut vorgezogene Lieber erfreut hatte, folgten verschiedene Begrüßungen. Ueber „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohn-

kämpfen“ sprach Kahl vom Hauptvorstand. Er führte aus, daß wir bei unsern Lohnkämpfen noch sehr viel von unsern Gegnern lernen könnten und schilderte dann die einzelnen Kategorien von Arbeitgebern, die für unsere Organisation in Frage kommen. Wenn wir bei unsern Lohnkämpfen mit den Bädermeistern bis jetzt ziemlich schnell fertig geworden sind, so haben wir in der Schokoladen- und Zuckerveraren- branche ganz andere Kämpfe zu gewärtigen. Die Kollegen sollten deshalb alles aufbieten zur Stärkung unseres Ver- bandes; denn nur eine straffe Organisation könnte den Nachgeklüften unserer Gegner begegnen. An der Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich fast alle Delegierten. Da die Zeit zur Erledigung der Tagesordnungspunkte 2 und 3 vor der Mittagspause nicht mehr ausreichte, besprach Kollege Friedrich den Bezirksarbeitsnachweis. Er wies nach, daß der Arbeitsnachweis schon immer das Schmerzenskind des Bezirksleiters war und daß die Handhabung eine andere und bessere werden müsse. Zu diesem Zwecke gab er den Delegierten Fragebogen, die die Vorstehenden der Zahlstellen allmonatlich einzuliefern haben. Die Arbeitstuchenden müßten aber auch danach trachten, dem Arbeitsnachweis Ehre zu machen, damit derselbe von den Arbeitgebern mehr frequentiert und respektiert werde. In der Diskussion wurde von einigen Delegierten über Kollegen geklagt, die den Arbeitsnachweis in Mißkredit gebracht haben. Dem Bez-irksleiter wurde aufgegeben, etwas strenger hierbei zu ver- fahren.

In der Nachmittags-sitzung hielt Friedrich ein vorzüglich ausgearbeitetes Referat zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: „Welche Lohnkämpfe stehen in unserm Bezirk bevor?“ und „Die Agitation unter den Bädern und Neuausgelernten“. Er schilderte, mit was für Menschenmaterial die Agitatoren unseres Berufs früher zu rechnen hatten und daß das in den letzten Jahren besser geworden ist; auch könne kein Kollege mehr die Ausrede gebrauchen, daß er noch nichts vom Verband gehört hat; denn heute haben wir in jedem kleinen Ort eine Vertrauensperson. Die Hausagitation sei immer die beste gewesen. Die Bezirksagitation müßte in den einzelnen Orten besser ausgebaut werden, auch müßte öfter versucht werden, mit dem am Orte beschäftigten Kollegen in gesellschaftlicher Beziehung Fühlung zu suchen. Auch für die Fabrikbranche empfahl der Referent die Haus- agitation und die Einführung von Betriebsvertrauens- leuten. Er kam dann auf unsere zukünftigen Lohn- bewegungen im Bezirk und machte hierbei auf den Wert der Statistik aufmerksam in bezug auf Entlohnung und Kost- und Logismessen, damit wir sie bei unsern Lohn- kämpfen verwerten können. Weiter schilderte Friedrich die Lohnbewegungen der Fabrikbranche im Bezirk und was uns in dieser Beziehung noch bevorsteht. Er führte dabei menschenwürdige Arbeitsordnungen der Schokoladen- und Zuckerverarenfabriken an und forderte zum Schluß auf, alles daran zu setzen, um die Mitglieder zu geschulten und tüchtigen Kämpfern zu erziehen. Die Diskussion über diesen Punkt war sehr ausgiebig; insbesondere gaben die Kollegen aus der Fabrikbranche ihre Erfahrungen bei der Agitation zum besten.

Ueber „Arbeiterschutz und Lehrlinge“ referierte wieder Kollege Friedrich. Er schilderte, wie die Bundesratsver- ordnung zustande gekommen ist und betonte, daß dieselbe das einzige bisherige Arbeiterschutz im Bädergewerbe dar- stellt. Dieselbe würde noch in verschiedenen Provinzen und Ländern abgeändert und für die Gesellen noch verschlechtert. Für die Lehrlinge ist eine zehnstündige Arbeitszeit vor- geschrieben und diese würde noch nicht einmal überall durch- geführt; nur eine starke Organisation könne zu ihrer Durch- führung verhelfen. Seit Bestehen der Verordnung sind die Bädermeister an der Arbeit, dieselbe zu beseitigen. Referent schilderte dann die Arbeiterschutzbestimmungen der anderen Länder und kam zu dem Schlusse, daß die deutsche Bädereiverordnung die traurigste von allen ist. Er gab weiter Beispiele, wie auch die Arbeiterschutzbestimmungen in den Zucker- und Schokoladenfabriken umgangen werden. In der Diskussion wurde über die mangelhafte Revision der Gewerbeinspektion geklagt und betont, daß die Kollegen selbst die Kontrolle mehr in die Hand nehmen und die Gewerbeüberreter einfach zur Anzeige bringen sollen. Nach- dem ein Kollege zur Abhilfe den Reichstag anrufen wissen wollte, gab Kahl die Erklärung ab, daß sich der Verbands- vorstand schon damit befaßt habe und in nächster Zeit das Weitere veranlassen wird.

Ueber den letzten Punkt: „Unsere Kranken- versicherung“, referierte Kahl. Er gab ein Bild, wie die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Klassen gepflogen wurden und verwies im übrigen auf den informa- torischen Artikel in unserer Fachpresse. Kollege Friedrich erläuterte dann noch durch einige Beispiele, wie die Beitragsstaffel zu M 1 zur Einführung gelangt. Nach- dem Kahl und Friedrich die Delegierten durch einige kernige Worte zur erneuten Tätigkeit angespornt und aufgefordert hatten, vor allen Dingen auch die Konsumbäder zur Mit- arbeit heranzuziehen, wurde die vorzüglich verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Bädermeisterkonferenz für Halle a. d. Saale.

Am 19. Februar fand für den Bezirk Halle a. d. S. in Reitz die Konferenz für die Bädermeister in Genossen- schaftsbetrieben statt. Kollege G. Friedrich eröffnete sie; die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von zwölf Bäder- meistern, während acht aus besonders kleineren Betrieben fehlten. Kollege Kahl begrüßte die Erschienenen im Auf- trage des Hauptvorstandes und wies darauf hin, daß schon früher im Gau Leipzig solche Konferenzen stattgefunden haben, die sich aber von der heutigen wesentlich unter- schieden. Er legte weiter klar, daß der vielfache Wunsch, eine Reichskonferenz abzuhalten, nicht erfüllt werden könne, wenn nicht solche der Bezirke dieser vorangingen. Kahl referierte sodann zum ersten Punkt des Tagesordnungs- „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bädermeister in den genossenschaftlichen Be- trieben und die Notwendigkeit der tarif- lichen Regelung derselben.“ Ausführlich behan- delte er die Entwicklung der Genossenschaften, insbesondere die Thüringens. An einzelnen Beispielen wies er die ehemals schlechten Verhältnisse der Bädermeister nach, die besonders durch ein förmliches Wettrennen seitens der Kollegen nach diesen Posten herbeigeführt wurden. Bei Anstellung von Bädermeistern berücksichtigen die Verwaltungen leider noch

zu viel diejenigen Gesuche, die den niedrigsten Gehalt for- dern. Es wird auch in dieser Hinsicht nicht eher besser werden, bis die Bädermeister mit in den allgemeinen Reichs- tarif einbezogen und die Anfangslöhne geregelt sind. Der Widerstand gegen diese Regelung wäre besonders bei den Unterverbänden in Sachsen und Württemberg zu suchen. Ungerecht seitens der Verwaltung sei es, wenn sie zum Teil versuchen, bei Gehaltsregulierungen der Bädermeister die Organisation auszuschalten.

In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Gehälter der Bädermeister meist zu niedrig sind. In einzelnen Fällen war zu verzeichnen, daß die den Bädern gewährten Feuerungszulagen den Bädermeistern nicht mit- gegeben worden sind. Zu Unrecht müßten die Bädermeister hohe Kauttionen stellen, denn in vielen Betrieben liegen die Verwaltungen sich nicht in die Bädereikalkulation hinein- reden, machen aber trotzdem den Bädermeister für die Rentabi- lität des Betriebes verantwortlich. Zu diesem Punkte wurde die bereits bekannte Resolution und ein Antrag des Kollegen Reubing angenommen, daß der Hauptvorstand vor der nächsten Tarifrevision eine Reichskonferenz, zusamen- gesetzt aus Kommissionen aus allen Bezirken, zur Regelung dieser Frage einberufen soll.

Im zweiten Punkt wies Kollege Kahl auf den Uebel- stand hin, daß die Bädermeister auf der einen Seite wohl für die produzierte Ware verantwortlich sind, aber in den meisten Fällen beim Einkauf der Rohmaterialien nicht mit- zubestimmen haben. Differenzen aller Art sind dann die Folge. Genau so liegt es auch bei Einrichtung von neuen Bädereien und Umbauten; es erscheint jedoch als unbedingt notwendig, daß der technische Leiter hinzugezogen wird. Leider bleibt aber auch hier noch viel zu wünschen übrig. Gewöhnlich werden die Bädermeister vor fertige Tatsachen ge- stellt, und die Folgen sind dann kostspielige Umbauten, die leicht hätten vermieden werden können, wenn der Bäder- meister gleich von vornherein mit hinzugezogen worden wäre. Die Genossenschaften in Nord- und Westdeutschland machten hier meist eine rühmliche Ausnahme. Dort sei eine Kommission der Bädermeister auf den Einkaufstagen ver- treten und bei Bauten bestimmten Fachleute mit.

In der Diskussion wurde betont, daß es Architekten gibt, die im Verbauen von Bädereien etwas Besonderes leisten. Vor allen Dingen müsse dahin gestrebt werden, daß bei Einrichtung von Bädereien noch mehr auf die Gesund- heit der Bäder Rücksicht genommen wird. Zum Beispiel werden die Erhäuser bei neuen Betrieben oft übersehen. Ein wichtiges Moment sei von unsern Architekten noch kaum in Betracht gezogen worden, nämlich die Trennung des Ofenraumes von der Badstube. Vor allen Dingen in den gemischten Betrieben — wo Weißbäderei usw. in einem Raum untergebracht ist — sei der Temperaturwechsel ein großer und daher auch die Krankheiten infolge Erfaltungen sehr häufige. Die Wichtigkeit dieser Frage wurde erkannt und gewünscht, daß die Bädermeister die verwaiste Ecke — die fachtechnische Rundschau in der Fachpresse — wieder zur Geltung bringen und belehrende Artikel dieser Art brin- gen. (Was wir lebhaft begrüßen würden. D. Redaktion.) Die zu diesem Punkte vorliegende Resolution wurde ein- stimmig angenommen.

Es wurde dann weiter angeregt, daß die Bädermeister in den Generalversammlungen der Genossenschaften ihre Referats vertreten und dies nicht einzelnen Vorstandsmit- gliedern überlassen sollen. Ferner wurde auf die Not- wendigkeit des kollegialen Zusammenarbeitens mit den Ge- hilfen hingewiesen, denn nur wenn beide gemeinsam ar- beiten, kann dies der Genossenschaft wie der Organisation und den Beschäftigten zum Nutzen sein.

Mit der Erwartung, daß die Anwesenden die Verhand- lungen beherzigen mögen und sie gute Früchte zeitigen werden, schloß der Verhandlungsleiter mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation die interessante Konferenz.

Bezirkskonferenz in Herford.

Am 18. Februar tagte im Gewerkschaftshause die Kon- ferenz. Anwesend waren neun Delegierte aus Herford, Bielefeld, Osnabrück, Deubhausen sowie einige Gäste aus Herford und Lemgo. Nachdem Bezirksleiter Biquisch in kurzen Zügen Zweck und Bedeutung dieser Konferenz ge- schildert hatte, referierte Vorstandsvizepräsident Friedmann- Hamburg zum ersten Punkt über die Machtmittel unserer Gegner bei unsern Lohnkämpfen. An der Hand reich- haltigen Materials wies er nach, daß die Unternehmer sich immer fester zusammenschließen, schilderte eingehend ihre Kampfsmethoden, ihr fortwährendes Geschrei nach Polizei und Staatsanwalt gegen die Arbeiterschaft und schloß mit der dringenden Mahnung, unsere Lehren daraus zu ziehen, um ständig gerüstet sowohl zur Abwehr als auch zum Angriff zu sein. Zum zweiten Punkt: „Welche Lohn- kämpfe stehen im Bezirk bevor?“ sprachen Friedmann und Biquisch, und es kamen eine Reihe von Vorschlägen über Taktik und sonstiges zur Kenntnis der Delegierten, die sich rege an der Debatte beteiligten. Alle Ideen wurden neu gefestigt, neue erwogen, so daß das Nützliche gegeben ist, den noch wahrhaft verbesserungsbedürftigen Zuständen im Bezirk nach Kräften zu Leibe zu gehen, wenn die Zahlstellen den nötigen Willen dazu er- kennen lassen. Auch im Punkt „Agitation“ wurden eine Menge Fingerzeige und Anregungen gegeben, die sicherlich gute Früchte da tragen werden, wo sie recht ge- wissenhaft befolgt werden. Auch hier war die Diskussion eine rege. Ueber „Arbeiterschutz und Lehrlingschutz“ sprach Biquisch, indem er die geschaffenen Erleichterungen und Verbesserungen etappenweise Revue passieren ließ, schließend, daß noch viel auf diesem Gebiete zu tun und zu lassen wäre. Hier in Herford selbst wird es Aufgabe der Kollegen in der neugeschaffenen Konsumbäderei sein, speziell auf das Lehrlingswesen in Kleinbädereien ein- machsames Auge zu haben; an der Hand des gewonnenen Materials wird die Bezirksleitung jede Uebertretung des- minuzigen Schutzes zur Kenntnis der Behörde bringen. Ueber unsere neugeschaffene Krankenversicherung im Ver- bande und die 1-Mark-Staffel referierte sehr eingehend Friedmann. Es war dies gut, weil die Bielefelder Kollegen der Konsumbäderei Gegner dieser Neueinrichtung sind. In sachlicher Weise gab Friedmann ein klares Bild vom Beschluß des Berliner Verbandstags an bis zur Stunde; über den Stand und Verlauf der Dinge seien alle Mit-

glieber durch unser Organ zur Genüge informiert, um sich ein klares Urteil bilden zu können. Er gab weiter eine Uebersicht über die Unterstufungsfrage und empfahl im eigenen Interesse den Anschluß an diese neue Staffel. In der sehr lebhaften Debatte sprach der Vizefeldler Bevollmächtigte dem Hauptvorstand das Recht ab, überhaupt diese Markt-Staffel einrichten zu dürfen, da die Berechtigung dazu an das Einverständnis der Rasseninstanzen gebunden gewesen sei, dieses Einverständnis aber nicht erfolgt ist. Dabei entschlüpfte ihm das Geständnis, daß, wenn unser Verband die neue Krankenunterstützung von M 2 pro Tag gleichfalls schon vom zweiten Tage ab zahle, er, Redner, der erste wäre, der übertreten würdelt. Friedmann nagelte diese Inkonsistenz fest, daß einmal der Hauptvorstand, der bei der Bemessung der Karenzzeit sich streng an den damals beschlossenen Inhalt der Resolution — also eben an das Statut — hielt, unberechtigt die neue Staffel beschloß, zum anderen aber, wenn er sich nicht an die Resolution von damals gehalten, sondern die Unterstufung vom zweiten Tage ab festgesetzt hätte — also den Beschluß brach — die vollste Anerkennung und Zustimmung des Vizefeldlers sich zu erfreuen gehabt hätte! Nach weiterer Debatte wurde beschlossen, am andern Tage in Vizefeld nach der dortigen Versammlung vor den Mitgliedern der Zuschußklasse dasselbe Referat zu halten, um sie über die wirklichen Gründe, die den Hauptvorstand bei seinen Beschlüssen leiteten, noch besser zu unterrichten. Dann gaben noch der Vizefeldler offizielle Arbeitsvermittler sowie auch der frühere einen Bericht über den Bezirksarbeitsnachweis, der trotz vorhandener Schwierigkeiten ganz gut floriere. Auch hier wurden nach Austausch der gemachten Erfahrungen verschiedene Verbesserungsvorschläge taktischer und organisatorischer Natur gemacht und dann nach Zusammenfassung der wichtigsten Momente unserer Tagung der Bezirksstag um 6½ Uhr abends geschlossen. Geben alle Teilnehmer sich Mühe, nach seinen Beschlüssen zu handeln und zu wirken, so haben wir gute Arbeit geleistet und die ernste, gewissenhafte Aussprache wird sicherlich gute Früchte tragen.

Bezirkskonferenz für Lübeck.

Die Konferenz des Bezirks Lübeck und beide Mecklenburg tagte am 18. Februar im Vereinshaus „Thalia“ zu Schwerin. Ueber Punkt 1 der Tagesordnung: „Die Nachmittage unserer Gegner bei unsern Lohnkämpfen“, und Punkt 2: „Welche Lohnkämpfe stehen in unserm Bezirk bevor und die Art der Rüstung zum Lohnkampfe“, referierte B. Liescher. Die Leitung des „Germania“verbandes deutscher Bäckerinnungen hatte vor 1898 auf dem Standpunkt gestanden, daß die Einrichtungen der Innungen: „Germania“buch, Arbeitsnachweise usw., genügende Nachmittage seien, um die Gesellen niederringen zu können. Hatte man doch von jener Seite den Gesellen herausfordernd zugerufen: Der „Germania“verband ist eine stolze Burg, an diesem Felsen werden sich die unbotmäßigen Gesellen die Köpfe einrennen. Als dieser Felsen sich aber im Jahre 1890 als zu morsch erwies, sann man auf weitere Nachmittage; es wurde dann der Streikabwehreffonds gegründet, der dann aber von den Behörden im Rahmen der Innungseinrichtungen nicht gestattet wurde. Jetzt gründete man den Arbeitgeberschutzverband für das Bäckergewerbe, nachdem ein preussischer Handelsminister gestattet hatte, daß diesem die Innungen korporativ beitreten können. Die Innungen bildeten nunmehr Exerzierplätze für den Schutzverband und hohe Prozente dienten zum Beitragszahlen. Reichsverband und Wirtschaftlicher Schutzverband haben sich auch bei den letzten Kämpfen lebhaft beteiligt, und letzterer versuchte, Polizei und Gerichte gegen die „streifflüchtigen“ Gesellen mobil zu machen. In Hamburg griff man sogar zum Gegenbohrer; es zeigte sich aber bald, daß dieser in den eigenen Reihen nur Verwirrung anrichtete. Die Nachthaber in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie versuchten die Scharfmacher vom Badtrug noch zu übertrumpfen, was sich erst im Herbst vorigen Jahres in Dresden deutlich gezeigt hat. Um allen diesen Nachmittagen genügend entgegenzutreten zu können, war es eine dringende Notwendigkeit, unsere Reihen noch mehr zu stärken. Wir brauchen gefüllte Rassen und mutige Kämpfer, um den Gegnern bei Kämpfen mit Ruhe entgegenzutreten zu können. Lohnbewegungen stehen im Bezirk zwei in Aussicht. Aufgabe der Kollegen in diesen Orten ist es, dafür zu sorgen, daß wir im gegebenen Augenblick gerüstet sind.

In der Diskussion äußerten sich die Kollegen aus Rostock und Lübeck dahin, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Orten unbedingt eine Besserung erheischen; sie hoffen, auch baldigst vorgehen zu können. Ueber die Agitation unter den Bäckern führte Liescher aus, daß diese eine sehr schwere sei gegenüber andern Berufen. Wichtig und taktisch müsse eine Agitation eingeleitet werden; auch den Bruderschaftsvereinen muß man beizukommen versuchen; denn vielen dieser Leute fehlt es nur an Aufklärung über unsere Bestrebungen. Auch das in der Fabrikbranche zu 75 pZt. beschäftigte weibliche Element sei ungemein schwer zu gewinnen. Mit der Heranziehung und Ausbildung weiblicher Agitationskräfte habe man die besten Erfolge erzielt. In der lebhaften Diskussion wurde von allen Rednern die mündliche Agitation als die beste hingestellt; deshalb müsse man bestrebt sein, junge Kollegen über Agitation gut zu schulen.

Ueber „Arbeiterschutz und Lehrlingschutz“ sprach sodann Flottow. Seit der Bundesratsverordnung ist im Arbeiterschutz wenig geleistet worden. Die ganzen Arbeiterschutzbestimmungen stehen nur auf dem Papier, und die zu überwachenden Instanzen tun wenig in dieser Sache. Es müsse die Anstellung weiblicher Assistenten des Gewerbeinspektors gefordert werden, und vor allem Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß vielfach in Bäckereien und Konditoreien in hygienischer Schutzbestimmung noch recht viele Mißstände vorherrschend sind.

Ueber „Unsere Krankenversicherung“ sprach Liescher kurz. In der Diskussion wurde im großen und ganzen die Neueinrichtung im Verbandsverband begrüßt, und der Verbandstag wird zu beschließen haben, inwieweit noch Verbesserungen gemacht werden können.

Ueber den Bezirksarbeitsnachweis referierte Holm. Er beleuchtete die Bedeutung des Arbeitsnachweises in der Hand der Gewerkschaften, forderte die Ausbawung desselben, so daß stets tüchtige Arbeitskräfte nachgewiesen würden. Die weiteren Ausführungen sowie die Diskussion waren interner Natur.

Liescher schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß sie zur Stärkung der Organisation und zum Wohle der Berufsangehörigen beitragen möge.

Bäckmeisterkonferenz für Straßburg i. Gl.

Die Bäckmeister des Bezirks hielten ihre Konferenz in Colmar ab und erklärten sich mit den Ausführungen des Vorstandsvortreters voll und ganz einverstanden, daß die Gehaltsfrage für die Bäckmeister in Zukunft tariflich geregelt wird; sie stimmten der dementsprechenden Resolution zu. Ueberhaupt war den Bäckmeistern diese erste Zusammenkunft ganz nach Wunsch und ihren Bedürfnissen entsprechend, denn die Aussprache zeigte, daß derartige Zusammenkünfte öfter stattfinden sollten, um ihre speziellen Berufsfragen zum Wohle der gesamten Kollegen erörtern zu können. In Verfolg dessen stimmte die Konferenz auch noch der weiteren Resolution zu, in welcher der Wunsch geäußert wird, daß die Bäckmeister bei Neueinrichtung von Bäckereien, bei Neuanschaffung von Maschinen und beim Einkauf von Mehl und andern Rohmaterialien gutachtlich gehört werden.

Generalversammlungen.

Fürth i. B. Am 10. Februar fand unsere Generalversammlung statt, welche einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Hechtel erstattete den Jahresbericht und wies in demselben darauf hin, daß im vergangenen Jahre die Bäckmeister immer wieder versuchten, den abgeschlossenen Tarif nicht einzuhalten. Nur dem Gehilfenauschuß, welcher unserer Organisation samt und sonders angehört, ist es zu verdanken, daß sofort von demselben eingegriffen wurde und die Meister die vereinbarten Bestimmungen einhalten mußten. Auch sonst sind im allgemeinen wenig Klagen über die Innungseinrichtungen im vergangenen Jahre moniert worden, während in Nürnberg gerade das Gegenteil der Fall ist, wo sich der gelbe Gesellenauschuß auch nicht im geringsten um die Interessen der Gehilfen kümmert. Der Geschäftsbericht wurde gutgeheißen und keine weitere Diskussion beliebt. Bei der Wahl gingen der Kollege Brunner als Vorsitzender, die Kollegen Werner, Bäuerlein, Kallert, Amüller, Reinfelder, Bär und Gick als Beisitzer hervor. Nachdem der Vorsitzende nochmals einen Appell an die Kollegen richtete, auch in diesem Jahre fest in der Agitation mitzuhelfen, schloß Brunner die anregend verlaufene Versammlung.

Bäder.

Görlitz. Hier gibt es noch recht rabiate Bäckmeister, welche ganz vergessen haben, daß sie von der Arbeiterkundschaft leben. So in der Jauernieder Straße einen mit Namen Richter, welcher das rohe Faustrecht wieder zu Ehren bringt. Bei ihm stand ein organisierter Kollege in Kündigung. Eines Morgens kommt Richter in die Bäckstube, ohne zu grüßen, und infolgedessen unterlassen natürlich die Gesellen dies gleichfalls. Wütend suchte sich Richter das schwächste Opfer aus und gab ihm eine Ohrfeige! Ein anderer Kollege gab hierauf dem Meister deutlich zu verstehen, daß er mit solchen Gemeinheiten nicht einverstanden sei, worauf jener meinte, er sei Meister und könne machen, was er wolle! Wir müssen diesem Meister raten, solche Arbeiten in Zukunft zu unterlassen, sonst könnte seine Arbeiterkundschaft ebenfalls Angst bekommen und sagen: „Bei dem bestellen wir lieber nichts mehr, sonst könnten wir auch Ohrfeigen bekommen.“

Weiter gibt es hier einen Bäckmeister Schiesche, Löbauer Straße, welcher sich förmlich die Finger danach leckt, Arbeiterkundschaft zu erhalten. Aber in seinem Herzen sieht es anders aus. Ein Verbandskollege verteilte Zettel für eine öffentliche Bäckerverversammlung, und als er zu diesem Meister kam, drohte derselbe sofort, er wolle ihm die Knochen brechen, wenn er sich nochmals unterstehe, in seine Bäckerei zu kommen! Auch hier muß also die Arbeiterkundschaft beim Warentausf vorsichtig sein, daß ihr nicht die Knochen gebrochen werden. Der Verbandsvertreter selbst verteilte dort gleichfalls einmal Zettel, und als er einen solchen für den Gesellen auf einen Saß gelegt hatte, nahm ihn der Meister, zerriß ihn und sagte: „Sie Affe, sehen Sie, so wird es bei mir gemacht; in meinem Betriebe gibt es nicht solche Sachen.“ Er warf dem Verbandsvertreter weiter vor, er solle lieber arbeiten und nicht die Gesellen verheizen. Natürlich wurde ihm die richtige Antwort zuteil.

Nebenbei gesagt, annonciert der Herr immer in der „Volkszeitung“ und schreibt: „Bei mir liegt die „Volkszeitung“ aus.“ Also im Innern größter Arbeiterfeind und nach außen sucht man durch Täuschung Arbeiterkundschaft zu fördern. Auch dieser Herr sollte daran denken, daß die Arbeiterkundschaft sich ein solches Verhalten auf die Dauer nicht bieten läßt.

Halle a. d. S. Eine öffentliche Bäckerverammlung, die sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen und der in Halle in Blüte stehenden Lehrlingszuchterei beschäftigte, fand am 13. Februar im Gasthof „Drei Könige“ statt. Der Referent, Kollege Rahl-Samburg, sprach der Versammlung aus dem Herzen.

Die lebhafteste Diskussion brachte den Beweis, daß in einer großen Anzahl Bäckereien die gesetzlichen Sonntagsruhebestimmungen nicht eingehalten werden. Es wurde weiter betont, daß jedes kleine Bäckmeisterlein sich gemühtigt fühlt, den Gesellen, sobald seine Organisationszugehörigkeit ruckbar wird, aufs Straßenpflaster zu setzen. Ein von Berlin zugereicher Gelber glaubte in der Versammlung mit alten Ladenhütern gegen den Verband operieren zu können. Ihm wurde aber dermaßen heimgeleuchtet, daß ihm jedenfalls ein zweiter Versuch nicht mehr antommen wird.

Zum Schluß wurde von den Versammelten folgende Resolution gegen die Stimme des Gelblings angenommen: „Die am 13. Februar, nachmittags, im Restaurant „Drei

Könige“ von Mitgliedern aller Bäckergehilfenvereine besuchte öffentliche Versammlung erkennt an, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der halleischen Kollegen in keiner Beziehung menschenwürdig, noch zeitgemäß sind. Vor allen Dingen kann das Post- und Logisystem mit allen seinen schädlichen Wirkungen nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Versammlung verspricht, alle Kraft zur Beseitigung dieses mittelalterlichen Zustandes einzusetzen. Des weiteren sprechen die Versammelten ihre Entrüstung über die unverantwortliche Lehrlingszuchterei im Bäckergewerbe aus, die es zur Folge hat, daß die etwa 200 Bäckergehilfen in Halle in drei Jahren wieder voll ersetzt sind. Die Folge davon sind große Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne. Gehilfen im Alter über 23 bis 24 Jahre werden in der Regel als zu alt zurückgewiesen, so daß im Bäckergewerbe fast nur jugendliche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Die Versammelten sind der festen Ueberzeugung, daß nur eine starke Organisation Abhilfe schaffen kann. Sie machen es jedem Kollegen zur Ehrenpflicht, sich dem Verbandsverband der Bäder und Konditoren anzuschließen. In der Konsequenz dessen wird die Verbandsleitung beauftragt, mit den übrigen Gehilfenvereinen in Verbindung zu treten, um in gemeinsamer Aktion bessere Verhältnisse zu schaffen.“ Mögen die Kollegen in Halle a. d. S. nun endlich die Konsequenz aus diesem Beschluß ziehen und die in der Resolution festgelegten Ziele mit aller Energie verfolgen, dann werden auch dort bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Lübeck. Eine öffentliche Versammlung fand hier am 22. Februar statt, in der Kollege Nußbaum über: „Die vorjährige Lohnbewegung in Kiel, und welche Lehren ziehen wir am Orte daraus“ referierte. Er entrollte in großen Zügen ein Bild der ganzen Lohnbewegung, wobei er den gelben Bund, welcher in Kiel noch immer von der Innung gepöppelt wird, manchen wohlverdienten Sieb versehen mußte. Leider hätten ja die Bundesmitglieder den Kieler Meistern wieder große Sorgen gemacht, indem sie jetzt auch Forderungen stellten, da sie den Post- und Logiszwang nun auch ihrerseits beseitigt sehen möchten. Mit einem Appell an die Lübecker Kollegen, nunmehr auch hier für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten und soweit es noch nicht geschehen, sich dem Verbandsverband anzuschließen, schloß Kollege Nußbaum seine mit Beifall ausgenommenen Ausführungen.

In der Diskussion verglich Gauleiter Liescher in mancher Beziehung die Kieler mit den Lübecker Verhältnissen und bemerkte, daß die Lübecker Meister die Gesellen wohl nicht als zu begehrlig hinstellen könnten, denn es wären nun bereits acht Jahre seit der letzten Lohnbewegung verfloßen, und deshalb wohl an der Zeit, den veralteten Post- und Logiszwang zu beseitigen. Auch die Einführung des wöchentlichen Ruhetages mache keine großen Schwierigkeiten, denn er sei bereits in vielen Städten eingeführt.

Der Altgefelle Stemmann führte aus, daß die Bruderschaft nicht mehr dem Bunde angehöre und jetzt „neutral“ sei; im übrigen aber werde, wenn wir unsere Forderungen nicht „allzu hoch“ schrauben, die Innung uns auch wohl Zugeständnisse machen. In demselben Sinne sprach auch der Vorsitzende der Bruderschaft, Kollege Probst.

Kollege Nußbaum nahm zum Schluß noch einmal Gelegenheit, die sogenannte „Neutralität“ der Bruderschaft zu rügen und zum Eintritt in den Verband aufzufordern. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Leider waren unsere Kollegen aus den Großbetrieben, und speziell aus der Genossenschaft, fast alle der Versammlung ferngeblieben; die circa 70 Anwesenden waren fast ausschließlich Innungsgesellen. Eine solche Laune muß schärf beurteilt werden; denn gerade bei solchen öffentlichen Versammlungen sollten doch unsere Kollegen, welche gern als die Pioniere der Organisation betrachtet sein wollen, immer anwesend sein, zumal wenn es sich, wie hier, um einzuleitende Lohnbewegungen handelt. Die Kollegen sollten doch nachdrücke wissen, daß, wenn sie selber noch bessere Tarifabschlüsse haben wollen, sie bei allen Versammlungen und Agitationen mitwirken müssen, um auch den bei Innungsmeistern arbeitenden Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Rosenheim. Am 13. Februar fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach dem ausführlichen Kartellbericht, welchen der Vorsitzende, Kollege Dunst, erstattete, referierte Kollege Diermeier aus München über: „Rechte und Pflichten der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber von Gesehswegen“. Für seine lehrreichen Ausführungen erntete der Referent reichen Beifall. Weiter gab es eine lebhafteste Diskussion über kleinere Differenzen, welche durch das Eingreifen Diermeiers sowie des Vorsitzenden geschlichtet wurden. Die beiden Kollegen Grigenderger und Dunst wurden einstimmig als Delegierte zu der Bezirkskonferenz nach München gewählt. Ferner gab der Kollege Diermeier Aufklärung über die zu schaffende Marktstaffel. Vor Schluß der Versammlung wurden noch vier neue Mitglieder aufgenommen.

Fabrikbranche.

Görlitz. Nachdem einige Zeit in der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik von Matke & Sydow Ruhe war, machen sich wieder Zustände bemerkbar, welche unsern Lesern „ruffisch“ vorkommen werden. Die Firma erlaubt sich unter anderm jetzt, nach Belieben ungelernete Leute einzustellen, welche den Leistungen der übrigen Arbeiter, besonders im Kolonnenafford, nicht gewachsen sind und dadurch den Mitarbeitern Lohnreduktionen in Höhe von 50 pZt. bringen. Ferner wird in einer Abteilung vom Kolonnenaffordverdienst der Lohn für die Lehrlinge (pro M 3) abgezogen, welchen bisher die Firma bezahlte. Auch wurde eine Kollegin gemafregelt, die neun Jahre im Betriebe war, weil sie dem Verbandsverband angehörte. Dieser Herr Matke ergeht sich obendrein in Redensarten gegenüber den Arbeitern, welche ihm alles andere, aber nicht zur Ehre gereichen. Wir können nicht einmal alle seine Redensarten zu Papier bringen, da sie die Sittlichkeit aufs höchste gefährden. Wir können hier nur einige „mildere“ wiedergeben. Ausdrücke wie „Gemeines Frauenzimmer“, „Lügenmensch“, „dreckige Waschlappen“, „diese elenden Mädchen“, „faule Bande“ usw. sind an der Tagesordnung.

Zu einem Mädchen sagte der feine Mann: „Sie wiegen doch keine Sch... ab.“ Wenn Besuch in die Fabrik kommt, so bezeichnet er den organisierten Maschinenjaal folgendermaßen: „Das ist der rote Saal der Säuel“

Will Herr Matke unter diesen Umständen wirklich noch Anspruch darauf erheben, als ein gebildeter Mensch von seiner Arbeiterschaft betrachtet zu werden? Wir meinen, sogar die Unternehmer sollten gegen eine derartige ordinäre Behandlung der Arbeiterschaft Front machen. Hat Herr Matke, welcher selber aus dem Arbeiterstande (Schlosser) stammt, übrigens nicht früher an seinem eigenen Leibe gefühlt, wie weh es tut, wenn ein Unternehmer schuldlose Arbeiter durch Lohnabzüge, Maßregelung usw. schädigt und obendrein in so grober Weise diejenigen beschimpft, von deren Hände Arbeit er sich Reichtümer sammeln möchte? Oder hat er niemals gefühlt, daß auch ein Arbeiter Ehre im Leibe hat?

In das sozialpolitische Verständnis des Herrn gewöhnen folgende Äußerungen Einblick. Er meint, verheiratete Frauen sollten sich lieber um ihre Kinder kümmern, als in die Versammlung gehen; aber er kümmert sich natürlich nicht um diese Kinder, wenn dieselben Frauen zehn Stunden in harter Arbeit bei ihm frönen. Wenn die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, sucht er es ihnen zu nehmen. So hochte er kürzlich zwei Arbeiterinnen aus, und nachdem er genug herausgepreßt hatte, sagte er wörtlich zu ihnen: „Nun sagt einmal, Ihr zwei dreieigen Waschlapen, was bildet Ihr Euch eigentlich ein, in die Organisation einzutreten? Ihr seid kaum 14 Tage hier und wollt mir was von der Organisation vormachen? Schämt Ihr Euch denn nicht? In meiner Fabrik sind nur anständige Mädchen, nicht solche wie Ihr.“ Die beiden Kolleginnen sind durchaus anständige, unbescholtene Arbeiterinnen und müssen sich so etwas bieten lassen.

Jeder weitere Kommentar zu dem Betragen dieses Unternehmers erübrigt sich.

Auf derselben hohen Bildungsstufe stehen aber bewährlicher Weise auch noch Meister (?) und einzelne Gehilfen, welche in das gleiche Horn blasen, um sich dadurch Viebtind zu machen. Ein gewisser Prüfer, ein Neuling, welcher lieber auf dem Gebiete „Arbeit“ befeßeres leisten sollte, bergreift sich obendrein an dem Eigentum der Arbeiterinnen. Dieser Geld gießt den armen Mädchen, welche sich jeden Groschen sauer verdienen müssen (Woche M 8), den Kaffee einfach in den Ausguß und wirft ihr Frühstück in den Rehrichthausen; er nimmt es vom Fenster weg (einziger Aufbewahrungsort!) mit der Äußerung: „Papier darf keines herumliegen.“ Man sieht auch in dieser Art und Weise, wie mit den Leuten umgegangen wird. Ferner tut sich ein „Obermeister“ noch besonders unangenehm hervor. Zu Arbeiterinnen, die früher M 17, jetzt aber nur M 9 verdienen, meinte er: „Zu was braucht Ihr so viel zu verdienen, Ihr habt mit M 9 auch genug.“ Dieser „Obermeister“ eigener Ernennung sollte doch mal an seine Vergangenheit denken und auf welche Art er aus früheren Arbeitsstätten hinausgegangen worden ist. Er hatte sogar früher den Mut gehabt, als Meister sich der Organisation anzuschließen, wurde aber aus guten Gründen abgewiesen. Von weiteren Uebelständen im Betriebe wollen wir heute absehen, kommen aber vielleicht bei anderer Gelegenheit darauf zurück.

Als die Vertrauensleute der Organisation behufs Einstellung der gemäßigten Kollegen, Beseitigung der Mißstände und Ordnung der Lohnverhältnisse vorstellig wurden, wurden sie zwar angehört, aber es kam keine Einigung zustande und sie wurden wiederbestellt. Als die Vertreter des Verbandes zur festgesetzten Zeit wieder erschienen, sagte Herr Matke einfach, er wünschte nicht mehr zu verhandeln! So hielt er sein gegebenes Wort, weiter verhandeln zu wollen.

Es drängt sich nun die Frage auf: Ist wirklich nichts dagegen zu machen, daß diese Firma, deren Ware von vielen Konsumgenossenschaften bezogen wird und die auch sonst mit Arbeiterschaft zu rechnen hat, noch weiter die Organisationsmitglieder so herabwürdigt und der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht rauben will? Wir glauben, daß die Arbeiterschaft da doch noch ein Wörtchen mitzureden hat. Will die Firma unbedingt einen Kampf heraufbeschwören, so soll es uns recht sein! Es wird sich ja zeigen, wer dabei den kürzeren zieht, sobald die Arbeiterschaft ihre Absicht, die Produkte der Firma Matke & Söhne zu meiden, wahr macht. Vielleicht überlegt sich dies die Betriebsleitung doch noch einmal und gewöhnt sich lieber eine andere Behandlung des Personals an.

Halle a. d. S. (Eine Abrechnung mit den Gelben.) Seit etwa einem Jahre treibt eine kleine Gruppe Gelbunge unter der Flagge des sogenannten Vaterländischen Arbeitervereins ihr Wesen auch in den Schokoladen- und Zuckerverfabriken in Halle a. d. S. In einigen dieser Fabriken haben sie die Demunziererei gegenüber den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern jetzt auf die Spitze getrieben. Unsere Bezirksleitung sah sich daher genötigt, diese Gesellschaft einmal vor der Öffentlichkeit zu brandmarken. Es wurde zum 13. Februar eine Versammlung nach Wilsdorfs Konzerthaus einberufen mit der Tagesordnung: „Der Vaterländische Arbeiterverein in unserer Branche als Hindernis zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen und Kolleginnen.“ Die Versammlung war unter andern vom Vorsitzenden der Gelben, Herrn Leitloff, und dem Vorsitzenden des Nationalen deutschen Konditorgehilfenverbandes, Herrn Kiffel, besucht. Der Referent, Kollege Kahl-Hamburg, schilderte die allgemeine Entwicklung der Organisationen der Gelben ausführlich und zeigte, daß diese Vereine keine andere Aufgabe hätten, als den Streikbruch zu organisieren.

In der Diskussion bemühten sich die Gelben, besonders Herr Kiffel, die arbeiterfeindliche Tendenz der Unternehmerführungen, daß sie genau wie die freien Gewerkschaften die Lage der Arbeiter verbessern wollten, nur auf „gütlichem Wege“. (1) Die Abhängigkeit vom Unternehmertum bestritt Herr Leitloff, indem er erklärte, daß der halleische Verein dem Bund Vaterländischer Arbeitervereine nicht angeschlossen wäre. Die lappigen M 500, die sie hier von den Unternehmern erhalten hätten, beeinflussten sie nicht in ihrer Stellungnahme. Sie hätten nie mit den

Unternehmern gemeinsam gegen die freien Gewerkschaften gearbeitet, sondern sich als redliche Kämpfer zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter betätigt. (1)

Die Kollegen Böhme, Fiebiger und Friedrich hielten der Gesellschaft dann einen Spiegel vor die Augen, in dem sie ihre örtlichen Selbstenaten erkennen konnten. Besonders bei der Firma David & Söhne in Büschdorf haben die Vaterländischen in geradezu unerhörter Weise gearbeitet. Einige sind im Betriebe herumgelaufen und haben ausgespiioniert, wer in unserer Organisation ist, dann eine Liste aufgestellt und diese ins Kontor gegeben. Auf Grund der Liste sind dann die Entlassungen, nach den eigenen Aussagen der Vaterländischen, vorgenommen worden. Alte Leute, die schon bis zehn Jahre im Betriebe waren, sind entlassen worden! Eigentümlich war, daß den Betroffenen oft schon im Laufe der Woche von den hinterlistigen Verätern gesagt worden ist, daß ihnen am nächsten Freitag gekündigt werden würde. Die freigemachten Stellen wurden dann durch den Arbeitsnachweis der Vaterländischen besetzt.

Nach diesen moralischen Schlägen war der Widerstand der gelben Helden bald gebrochen. Sie verlegten sich nur noch stramm aufs Verleugnen dieser traurigen Tatsachen. Unter brauenden Weifallsbezeugungen ließ Kahl in seinem Schlußwort die Ergebnisse Revue passieren. Er legte den Anwesenden dringend ans Herz, die Konsequenz aus den Lehren dieser Versammlung zu ziehen und so schnell wie möglich von den gelben Auch-Arbeitern abzurücken und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

Die Gelbunge werden nach dieser Abrechnung wohl so leicht keine zweite Auseinandersetzung wünschen. Wir aber hoffen, daß die in den halleischen Betrieben der Schokoladen- und Zuckerverfabriken Beschäftigten diesen Leuten die verdiente Abfuhr noch gründlicher geben und sich nur unserm Zentralverbande anschließen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Gründliche Niederlage der Gelben in Odenburg.

Die diesjährigen Lohnbewegungen unserer Gegner, lautet die Tagesordnung, über die Bremser kürzlich im Odenburger Verkehrslokale der „gelben Bruderschaft Germania“ rebete. Bei der allgemeinen Rückständigkeit der Bundesanhänger fällt es weiter nicht auf, daß die Bewegungen von 1911 gemeint waren. Etwas schwül wurde es Bremser, der sich vorgenommen hatte, in dem kleinen Landstädtchen den Verband zu vernichten, bei dem Anblick der Versammlung, die zu gut zwei Dritteln von Verbandsmitgliedern besetzt war. Nachdem er sich ins Unvermeidliche gefügt, ging das Gerede los. Aus dem Referat wurde ein altes Weibergejammer über die Nichtanerkennung und Zurücksetzung des Bundes und seiner Vertreter bei den Verhandlungen mit der Hamburger Innung und dem Verbands. Der ganze Streik in Hamburg war inszeniert, um den Bund zu vernichten, erreicht ist nichts vom Verband. Hierauf kam etwas Gefasel über die Berliner Bewegung, um alle die alten bekannnten Ladenhüter aufzutreiben, wie da sind: Schokoladenarbeiterverband, Vernichtung der Kleinbetriebe, Unterstützung der Sozialdemokratie und dergleichen mehr. In der Diskussion In der Diskussion war es dem Kollegen Kassen ein leichtes, Bremser abzuführen; lebhaft stimmte auch die Versammlung zu, als Kassen ausführte, es sei Bremser und dem Bund nur die richtige Behandlung zuteil geworden. Die Ausführungen des Kollegen Kassen wurde noch vom Kollegen Ubers-Odenburg treffend ergänzt. Hierauf wollten Bremser und seine Getreuen noch retten was möglich war; aber vergeblich, trotz aller Verdrehungen. Wohl oder übel mußte man nochmals Kassen das Wort erteilen, der es nicht unterließ, Bremser in die Schranken zu weisen. Er unterbreitete der Versammlung dann nachstehende Resolution: „Die heute im Lokale „Wooriemerhaue“, Langestraße 7, versammelten Odenburger Bäckergehilfen weisen es mit Entrüstung zurück, ihre Interessenvertretung im Bund handwerkstreuer Bäckergehilfen zu suchen; sie sind vielmehr gewillt, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsge nossen recht bald alle am Plage beschäftigten Kollegen als Mitglieder zugeführt werden, um so zu dokumentieren, daß letztgenannte Organisation die einzig wirkliche Interessenvertretung der deutschen Bäckergehilfen darstellt.“ Beim Verlesen der Resolution überließ den Bundeskämpfern wohl eine Gänsehaut. „Nach Schluß, nach Schluß“, raunte Bremser dem Vorsitzenden zu; aber Kassen verlangte Klipp und klare Antwort, ob die Abstimmung vorgenommen werden solle, und als diese ausblieb, erklärte Kassen, dann mache er es selber. Nach dem Schlußwort, das ziemlich artig ausfiel, meinte der Vorsitzende: Meine sehr geehrten Herren, wir sind in der Minderheit, ich lasse nicht abstimmen! und wollte hierauf die Versammlung schließen; aber Kassen fiel ihm ins Wort und schritt zur Abstimmung. Unter dem Jubel der Anwesenden erfolgte einstimmige Annahme. Aber nicht nur angenommen, sondern auch befolgt wurde der Beschluß durch fünf Aufnahmen. — Die Niederlage der Gelben wurde noch dadurch vergrößert, daß auch nicht einer von den geladenen Meistern erschienen war.

Die gelben Schuldscheine, die man vor zwei Jahren den „Handwerkstreuen“ aufhängte, um das Bundesorgan von Hartmann aufkaufen zu können, jetzt wieder einzulösen, scheint eine recht schwierige Sache zu sein, denn in einer Sitzung der „Gesellschafter“ wurde kürzlich eingehend verhandelt und beschlossen, daß die aufgenommene Schuld vom 1. April an auf weitere zwei Jahre verlängert werden soll. Es stände allerdings den Geschäftsführern nach Prüfung etwaig gekündigten Vermögens von Fall zu Fall das Recht zu, dasselbe auszuführen, vor allem an Kollegen, die das Geld benötigen.

Die „Gesellschafter“ stecken also immer noch in derselben Geldklemme, wie vor zwei Jahren, und die gelben Schächchen, die damals sich in ihrer Unschuld scheren ließen, können noch weiter warten, bis einmal bessere Zeiten kommen. Vorläufig rennt der Schachmeister aber immer noch verzweifelt in der Stube auf und nieder, wenn eine Rechnung kommt und er steht in einem Mundschreiben steinerweichend, daß die Bundeskörperchaften — diese meist

wesenlosen Schemen — doch um Gotteswillen die Bundesbeiträge senden mögen. Er jammert wörtlich: „Da ich durch diese Unterlassung in meiner Amtsführung sehr gehindert bin, ersuche ich die Kollegen nunmehr dringend, die Regelung der Beiträge nunmehr sofort zu bewirken. Es ist doch nur etwas Einheitsliches zu erreichen, wenn alle Mitgliedschaften sowie Einzelmitglieder das Bestreben zeigen, durch prompte Zahlung der Beiträge am Aufbau des Ganzen mitzuwirken.“

O, der verdammte Dalles! Wir kennen aber einen Menschen, der aufrichtiges Mitleid mit dem armen Schachmeister empfindet — den obengenannten Herrn Wilhelm Hartmann — der wartet nämlich auch noch auf — „Dankebarkeit!“

Revolution im gelben Lager zu Kiel.

„Zur weiteren Aufklärung im Kieler Bäckerstreit.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte in den Kieler Tagesblättern anlässlich unseres Lohnkampfes im Sommer die Alte Bäckergehilfen-Bruderschaft einen Aufruf, in dem sie unsere Forderungen kritisierte und zu dem Schluß kam: Die Abschaffung des Kost- und Logiswesens liegt nicht im Interesse der Gesellen, der geforderte Mindestlohn von M 25 wird bereits bezahlt, kann also kein Grund zum Streik sein; der Einführung des sechsunddreißigtündigen Ruhetages ständen technische Schwierigkeiten entgegen, sie, die Bruderschaft, wolle in Frieden und gutem Einvernehmen mit den Meistern leben, hätte mit dem Streik nichts zu tun. — Tatsächlich spielte denn auch der größte Teil der der Bruderschaft angeschlossenen Gesellen die schmutzige Rolle eines Streikbrechers, konnten aber deshalb nicht verhindern, daß die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen mit einem ganz guten Erfolge abschnitten. Galt, sagten sich die Bundesbrüder, was die Meister den Noten geben können, das werden sie uns, ihren Lieblingen, doch sicher nicht vorenthalten. Es war ihnen doch schon oft das Blaue vom Himmel versprochen worden, war ihnen so oft gesagt worden, „sie sollten keineswegs“ schlechter dastehen als die Noten, daß man es ihnen wirklich nicht verübeln kann, wenn sie jetzt mal Laten sehen wollten. Sie setzten sich also hin und schrieben, immer noch im Vertrauen auf ihre lokalen Arbeitgeber, folgende Forderungen: Kost und Logis wird nicht mehr gegeben, dafür wird ein Lohnaufschlag von M 13 gewährt. Der Mindestlohn beträgt M 25. Sodann solle jeder Geselle alle vier Wochen einen sechsunddreißigtündigen Ruhetag bekommen; Gesellen aus Großbetrieben sollen jede Woche einen Ruhetag haben.

Herr Obermeister Boß erschrak nicht schlecht, als er die Forderungen aufgestellt bekam. Flugs hieß er eine Sitzung mit den Gesellen ein und da legte er nun los: „Die Gelben seien ja noch schlimmer als die Noten, wo denn da das gute Einvernehmen bleiben solle? Sie seien doch Handwerker und nicht dazu im Bund, um Forderungen zu stellen; sie sollten doch auf die Meister vertrauen, die ihnen wohlwollen und der alten Devise „Mit dem Meister für das Handwerk“ treu bleiben.“ Er rührte sich selber zu Tränen, der gute Obermeister, aber nicht die verstockten Herzen der Gelben. Diese hörten wohl die Botschaft, doch der Glaube war ihnen verloren gegangen; denn sie hatten zu oft leere Worte gehört und wollten nun Laten sehen. Sie bestanden also auf ihren Forderungen und drohten sogar, alle in den Verband zu gehen, wenn sie nicht erhört würden. Es ging Herrn Boß also wie dem Zauberlehrling; die Geister, die er gerufen und groß gepöppelt, er wurde sie nicht wieder los. Da fiel ihm in höchster Not der gelbe Präsident ein, der sollte den Mißden das gute Einvernehmen bekommen hatte, wieder verkleistern. Wofür bezahlte man ihn sonst? Und er kam. Zuerst versuchte er den Verband in die Sache zu ziehen, um die Bundesgehilfen kopfscheu zu machen und ihre Aufmerksamkeit von den Forderungen auf den Verband abzuwenden wollte. Aber die Verbändler piffen ihm was und ließen ihn sitzen, als er am 21. Februar eine Versammlung der Gelben einberufen hatte, in der er das schöne Lied von der Harmonie im Bäckergerwebe in allen Tonarten sang und kräftig über den „roten“ Verband schimpfte, der nicht das Badverbot, sondern den sechsunddreißigtündigen Ruhetag verlange.

Wir wußten ja, daß diesmal der Präsident auf dem Holzwege war. Und in der Diskussion war auch wirklich von der schönen Harmonie zwischen Gesellen und Meistern verdammt wenig zu merken; im Gegenteil, es kam zur offenen Rebellion. Sofort legte der Vorsitzende los. Das Zusammenarbeiten mit den Meistern, das höre sich ja ganz schön an, aber in Wirklichkeit sei die Geschichte ganz anders. Vor wenigen Wochen hätten sie bei dem Innungsvorstande einen Tarif eingereicht, da seien sie „abgetöfftelt und abgewimmelt“ worden, das spotte jeder Beschreibung. Die Ausdrücke „Schönjels“ und „dumme Jungen“ seien noch glimpflich gewesen. Das könne so nicht weiter gehen.

Diese Ausführungen riefen natürlich die Meister auf den Plan. Sie hätten die Bruderschaft so behandelt, wie sie es verdient habe. Die gelbe Bruderschaft sei ja weit schlimmer als die Noten; was im Sommer der Verband verlangt habe, das fordere jetzt die Bruderschaft; deren Vorsitzende seien Spione und Vorträge der Sozialdemokratie. Aber da zeigte sich die Erbitterung der Gesellen erst recht. Einer bezichtigte einen Meister öffentlich der „elenden Verleumdung“, der Obermeister mußte es sich gefallen lassen, seine Ausführenden als „Quatich“ bezeichnet zu hören. Ein Vorstandsmitglied der Gesellen meinte, die Zustände hier in Kiel seien wirklich so, daß man „rot werden könne“, und in diesem Tone ging es gegenseitig weiter. Immer wieder mußten die Gelben jedoch von den Meistern hören, sie seien schlimmer als die Noten, über ihre Forderung würde einfach nicht verhandelt. Wichtiger Vermittlungsversuche waren vergeblich. Die Gelben erklärten, sie müßten Forderungen stellen, sonst würden die meisten Mitglieder aus der Bruderschaft austreten. So zeigte sich in aller Deutlichkeit, daß in Wirklichkeit der Zentralverband der treibende Keil der Bäckergehilfenbewegung ist. Würde er nicht so lebhaft für die sozialen Interessen der Bäckergehilfen agitieren, würde auch in der

Brüderschaft weiter Kirchhofstraße herrschen, wie dies bisher der Fall war.

Bezeichnend war auch noch folgendes: Wischnöbaki hatte in seinem Vortrage über den angeblichen Terrorismus der Roten geäußert, in der Diskussion zeigte sich aber deutlich, wer Terrorismus treibt. Ein Bäckermeister, ein Mitglied des Innungsvorstandes, erklärte nämlich, der Vorstand der gelben Brüderschaft hätte ihm in einer Sitzung vorgehalten, daß eine Anzahl dieser Bäckermeister Verbandsmitglieder beschäfte. Dies gehe doch nicht an. Darauf hätte er erwidert, es sei doch nicht so einfach, nun alle diese Verbandsmitglieder auf die Straße zu werfen. Also sieht man, daß die Gelben Terrorismus in schlimmster Form treiben.

Der Bundespräsident fand natürlich kein Wort für die Forderungen der Gesellen, er ritt krampfhaft auf dem Backverbot herum und, um nicht alles aus dem Leim gehen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nun, wir müssen anerkennen: die Brüderschaft wird wirklich so behandelt, wie sie es verdient. Eine Gesellenvertretung, die sich dazu hergibt, ihren kämpfenden Mitarbeitern in den Rücken zu fallen, die versucht, im trüben zu fischen, eine solche Vertretung kann nicht verlangen, von den Meistern ernst genommen und kann nicht verlangen, mit Achtung behandelt zu werden. Sie muß es sich gefallen lassen, wenn ihre Mitglieder als „Schindjels“ und „dumme Jungen“ tituliert werden. Hoffentlich wissen jetzt die Gehilfen, daß es mit dem guten Einvernehmen alle ist, wenn sie daran denken, wirklich ihre Interessen vertreten zu wollen. Hoffentlich haben sie gesehen, was für eine Stütze ihnen der gelbe Bund samt Wischnöbaki sein kann und erkennen, daß ihr Platz im Zentralverband der Bäder und Konditoren ist.

Polizei und Gerichte.

Die beiden Konkurrenten. Der Bäckermeister Alfred Kleinert hat in Breslau, Weinstraße 17, ein Geschäft. Um die Ecke, Schleiermacherstraße, befindet sich die Bäckerei von Gustav Gohla. Zwischen den beiden Konkurrenten besteht seit Jahren Feindschaft. Am 23. September vorigen Jahres spudde der Neffe von Gohla das Schaufenster von Kleinert an. Letzterer fandte seinen Bruder hinaus, dem fortlaufenden Gohla nach, um ihn zu strafen. Der kleine Gohla beklagte sich nun zu Haus, und darauf kam Meister Gohla aus seinem Laden, den jungen Kleinert zu warnen. Inzwischen war auch der Bäckermeister Kleinert herbeigekommen. Die Verkäuferin des Gohla, Anna Schwarz, rief ihm zu: „Siehen Sie nur Leine, Sie Sozialdemokrat.“ Kleinert dagegen rief Gohla zu: „Du polnischer Hund, geh! Du nur Mäuse in Deinen Wohnfuchen baden.“ Gohla ist nämlich einmal wegen Nahrungsmittelbetrugens zu M 50 Geldstrafe verurteilt worden, weil Mäusetheile in seinem Wohnfuchen gefunden wurden. Kleinert ohrfeigte nun Gohla, wobei er ihm ein künstliches Gebiß aus dem Munde schlug. Kleinert ist jetzt Musiker des Infanterieregiments Nr. 63. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen öffentlicher Beleidigung und Körperverletzung zu M 8 Geldstrafe, eventuell zwei Tagen Gefängnis, sowie Publikation im „Breslauer General-Anzeiger“.

Unsauberes aus einer Breslauer Bäckerei. Dem Bäckermeister Viktor Barisch legte eine Anklage vor dem Schöffengericht zur Last, verschimmelte Semmeln und Kuchenreste in gemahlenem Zustande dem Wohnfuchen zugelegt zu haben. Die Verneinung ergab, daß Barisch in der Tat seinen früheren Arbeitsburschen mehrmals beauftragt hatte, diese eckelregenden Kuchen- und Semmelabfälle als Wohnfuchenzusatz zu vermahlen. Das Zeugnis des Arbeitsburschen wurde noch unterstützt durch die eidle gläubwürdige Aussage eines Gesellen, der früher bei dem angeklagten Meister tätig war. Der Amtsanwalt betonte in seinen Ausführungen, daß die Tat des Meisters geradezu als gemeingefährlich bezeichnet werden müsse, zumal der Genuß von Schimmel die menschliche Gesundheit arg gefährden könne. Der Anklagevertreter beantragte 14 Tage Gefängnis, M 100 Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in mehreren Tageszeitungen auf Kosten des Angeklagten. Das Gericht erkannte gegen den Meister auf M 60 Geldstrafe und lehnte im übrigen die Anträge des Amtsanwalts ab. Dieser Fall zeigt wieder, wie unbedingt notwendig es ist, in die Breslauer Bäckereibetriebe kräftig hineinzuleuchten.

Internationales.

Quittung.

An Beiträgen für das Internationale Sekretariat gingen ein für das Jahr 1911: Vom Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs für 8000 Mitglieder M. 240, vom Reichsverein der Zuckerbäcker Oesterreichs für 105 Mitglieder M. 3,50, vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands für 25 000 Mitglieder M. 750.

Das Internationale Sekretariat. O. Allmann.

Kopenhagen. Unserer Bruderorganisation in Kopenhagen ist es gelungen, mit den Unternehmern in ein neues Tarifverhältnis über die Arbeitsbedingungen der Bäcker und Konditoren in Bäckereien, Schwarzbrotbäckereien und Brotfabriken zu kommen. Dagegen ist es noch nicht gelungen, mit den Konditormeistern ein Einverständnis zu erzielen; man ist bestrebt, dort gleichfalls vor allen Dingen den Kost- und Logiszwang zu beseitigen. Der Zuzug von Konditoren nach Kopenhagen ist also nach wie vor streng fernzuhalten!

Ueber die getroffenen Vereinbarungen berichten wir später noch eingehend.

Lohnbewegung der Bäckergehilfen in Genf. Wieder einen Schritt vorwärts machte die Sektion der Bäckergehilfen Genfs, die dem Schweizerischen Lebens- und Genußmittelarbeiterverband als dessen stärkste Sektion angegliedert ist, indem sie unterm 10. Dezember vorigen Jahres den mit den Meistern 1906 abge-

schlossenen Tarif kündigte, da diese ihn nicht einhielten, ihn überhaupt ignorierten. Die Kündigung läuft am 10. März dieses Jahres ab. Am 13. d. M. fand nun, nachdem die Meister mittellen ließen, daß sie sich zu Verhandlungen bereit erklärten und auch eine Deputation ernannten, die mit den Gehilfen in der Arbeiterkammer, rue de Temple 10, in Unterhandlung treten sollte, eine von weit über 200 (17% gehören am Platze Genf dem Verbands an) Bäckergehilfen besuchte Versammlung statt, in der fünf Delegierte gewählt wurden. Der Zentralsekretär des Lebens- und Genußmittelarbeiterverbandes für die französische Schweiz, Genosse H. Virret aus Lausanne, führte an der Hand von neuerdings abgeschlossenen, sehr günstigen Tarifen den Gehilfen vor Augen, daß auch sie das angestrebte Ziel erreichen werden. Aber dazu bedarf es eines festen Zusammenschlusses, einer geschulten Disziplin und einer Zähigkeit im Ausharren bis zum letzten Manne. „Es ist Zeit, daß Ihr Euch rührt, eure armselige Lage in eine menschenwürdige zu gestalten!“ Der Referent zeichnete ferner den Werdegang des Bäckerverbandes. Hierauf wurden die fünf Delegierten gewählt, und werden bereits an den nächsten Tagen die Unterhandlungen mit den Meisternvertretern beginnen. Dem Verlangen der Meister, ihnen nur fünf Delegierte gegenüberzustellen, die am Platze Genf eingeschrieben seien, werden die Gehilfen nicht nachzukommen haben, da das Tanzen nach der Meisterpfeife aufgehört hat und die Gehilfen sich eben solche Leute als Vertreter wählen, von denen sie erwarten können, daß diese ihre Rechte den Meistern gegenüber zu wahren wissen.

Um unsern Kollegen im Auslande zu zeigen, daß das, was wir eigentlich verlangen, überall schon längst gewährt wird, und um sie vor dem Zuzug nach hier zu warnen, geben wir den Inhalt des Tarifentwurfs bekannt. Er lautet:

1. Der Bäckermeisterverein von Genf erkennt den Lebens- und Genußmittelarbeiterverband der Schweiz, vertreten durch die Sektion der Bäckergehilfen Genfs, an, und umgekehrt, die Sektion der Bäcker Genfs erkennt den Bäckermeisterverein von Genf als Vertreter des kantonalen Meisterversains an. Die Meister verpflichten sich, keinem Gehilfen den Eintritt in seine Organisation zu verwehren. Ferner darf keine grundlose Entlassung organisierter Arbeiter erfolgen, auch nicht jener, die den Tarif ausarbeiten und durchführen helfen.

2. Als Plazierungsbureau für ständige und Aushilfsarbeiter gilt das städtische Arbeitsamt, rue de Temple 10. Den Meistern ist es verboten, sich anderer Vermittlung zu bedienen. Die Plazierung erfolgt, soweit möglich, nach der Reihe; jedoch unter Berücksichtigung dessen, daß bereits am Platze in Arbeit Gestandene den Vorzug erhalten, die zum Nachweise dessen ein diesbezügliches Zeugnis vorzulegen haben. Zuerste Arbeiter haben, um Stellung zu erhalten, ihr Lehrzeugnis vorzulegen. Eine Kommission von fünf Meistern und fünf Gehilfen überwacht die Stellenvermittlung.

3. Den Meistern ist es verboten, den Gehilfen Kost und Wohnung zu geben.

4. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 66 Stunden und ist deren Beginn jeweils zwischen Meistern und Gehilfen zu vereinbaren; jedoch ist die Arbeitszeit so einzuteilen, daß die Mahlzeiten zu der üblichen Zeit eingenommen werden können. Als Ueberstunden werden jene Stunden gerechnet, die über 66 pro Woche hinausgehen.

5. Jeder Arbeiter hat auf eine zweiunddreißigstündige ununterbrochene Ruhepause pro Woche Anspruch. Die Ruhezeit muß zweimal im Monat auf einen Sonntag fallen. Sind Aushilfsarbeiter für den Ruhetag erforderlich, so hat diese der Meister zu bezahlen.

6. Der Minimallohn pro Woche beträgt für einen Oberbäcker Fr. 40 und täglich 1 kg Brot erste Arbeiter " 38 " " 1 " " zweite " " 35 " " 1 " " dritte " " 32 " " 1 " " Aushilfsarbeiter erhalten zu dem täglichen Durchschnittslohn Fr. 1 Zuschlag.

7. Ueberstunden werden mit 25 pZt. Zuschlag bezahlt.

8. Jeweils Freitag nach Arbeitschluss ist der Lohn auszubezahlen, desgleichen auch die Ueberstunden. Diese Auszahlung darf nur in bar erfolgen und ist Naturaliengabe verboten.

9. Der zur Deckung für eventuell zugefügte Schäden vom Meister einbehaltene Betrag darf einen dreitägigen Lohn nicht überschreiten.

10. Die ersten drei Tage gelten als Probezeit und kann während dieser das Arbeitsverhältnis beiderseits sofort gelöst werden. Nach Ablauf dieser Probezeit gilt eine gegenseitige achttägige Kündigungsfrist, die jeweils nur am Zahltag erfolgen kann.

11. Alle Arbeiter sind gegen Unfall auf Kosten der Meister zu versichern und hat die Auszahlung des Versicherungsgeldes bei eingetretenem Unfall allwöchentlich am Zahltag zu erfolgen.

12. An Sonntagen ist das Brotaustragen untersagt.

13. Allwöchentlich hat der Meister Sorge zu tragen, daß dem Gehilfen zwei reine Schürzen und zwei Handtücher zur Verfügung stehen.

14. Andere als in diesem Tarife enthaltene Abmachungen sind rechtungstüchtig.

15. Vorliegender Tarif wird in deutscher und französischer Sprache gedruckt und ist in jedem Arbeitsraum an gut sichtbarer Stelle aufzuhängen.

16. Beide Parteien verpflichten sich, sich gegenseitig zur genauen Durchführung dieses Tarifes zu unterstützen.

17. Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifs hat ein Schiedsgericht zu schlichten, das aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, unter dem Vorsitz eines von diesen gewählten Unparteiischen, besteht.

In der Schlußbestimmung ist der Gültigkeitstermin bis 1. April 1914 festgesetzt. Wird der Tarif nicht ein-

vierteljahr vor Ablauf gekündigt, so läuft er stillschweigend jeweils auf ein Jahr weiter.

Die Forderungen zeigen jedenfalls, daß das Vorgehen der Bäckergehilfen in Genf gerechtfertigt ist und wünschen auch wir ihnen besten Erfolg zu ihrem Vorgehen. Zuzug nach Genf ist bis zur Beendigung der Bewegung fernzuhalten.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Paul Horn tot. Der Bergarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten; am Freitag, 23. Februar, verchied nach kurzem, aber schwerem Krankenslager der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes, Genosse Paul Horn. Ein schweres Nervenleiden, verbunden mit einem Nerven Schlag, machte seinem Leben nach vierwöchigem Krankenslager ein Ende. Bei der Reichstagswahl wirkte er, wenn auch schon an Kräften gebrochen, noch fleißig mit. — Paul Horn wurde am 22. August 1858 in Schedewitz bei Zwickau geboren. Früh schon widmete er sich der modernen Arbeiterbewegung. Am 1. August 1880 trat er dem 1876 gegründeten Bergarbeiterverband bei. 1884 wurde er Mitglied des Verbandsvorstandes, 1889 beteiligte er sich an dem großen Streik und wurde gemahregelt. 1893 fandte ihn der Bergbaubezirk Zwickau in den sächsischen Landtag, dem er bis 1899 angehörte. Infolge der von den Konserativen und Nationalliberalen vorgenommenen Wahlrechtsverschlechterung konnte Horn nicht wiedergewählt werden. 1892 wurde er im sächsischen Bergarbeiterverband zum Hauptkassierer gewählt, welchen Posten er bis zur polizeilichen Auflösung 1895 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumvereinswesen. 1903 wurde er auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewählt. Diesen Posten bekleidete er, bis die tödliche Krankheit ihn an das Bett fesselte. — Nach dem Streik 1889 mußte er ein volles Jahr hinter Gefängnismauern zubringen; er hatte einen Berggrat beleidigt. So hat Paul Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiters agitators kennen gelernt.

Nach 32jähriger Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse ist Paul Horn, erst 53 Jahre alt, gestorben. Seine Kameraden und Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein Streik bei der Mühlenfirma M. Oppenheimer & Comp. in Hamburg wurde nach dreitägiger Dauer mit sehr gutem Erfolge für die Arbeiter beendet. Die Firma konnte mit den Hingebredern nichts anfangen. Dadurch kam sie wohl so bald zu der Einsicht, daß es besser sei, eine Verständigung mit dem alten erfahrenen Personal herbeizuführen. Durch Verhandlungen wurde ein für drei Jahre gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde auf täglich neuneneinhalb Stunden, ausgenommen die der Schichtarbeiter, beschränkt. An Stelle der bisherigen Stunden- resp. Schichtlöhne treten Wochenlöhne, wobei Lohnzulagen von M 2-5 pro Woche erfolgen. Es erhalten Müller, Handwerker und Schichtarbeiter M 33, Löscharbeiter M 36, Lagerarbeiter M 30, junge Arbeiter unter 18 Jahren M 21-22 und Arbeiterinnen M 17 pro Woche.

Ueberstunden werden die ersten beiden mit je 25 pZt., die folgenden und Sonntagsarbeiten mit 50 pZt. Zuschlag pro Stunde vergütet. Arbeiten an Wochenfeiertagen werden besonders vergütet. Außerdem erhalten alle über ein Jahr im Betriebe tätigen Arbeiter drei bis sieben Tage Urlaub mit Lohnzahlung.

Diesem Resultate haben die streikenden Arbeiter einmütig ihre Zustimmung gegeben; sie nahmen, nachdem die Hingebredern vorerst den Betrieb verlassen hatten, geschlossen die Arbeit wieder auf.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstag. Am vierten Tage der Statberatung verließ Genosse Ledebour mit Geschick und gutem Erfolg die Ausführungen der „drei Wupprediger“, die vor ihm gesprochen hatten, nämlich des Grafen Posa-domsky, des Reichstanzlers und des Lizentiaten Mumm. Letzterer, ein neu eingetretenes Mitglied, ist der Schwieger-sohn des verstorbenen Abgeordneten Pastor Böder. Er hat sich allem Anscheine nach zur parlamentarischen Aufgabe — die Vernichtung der Sozialdemokratie gestellt. Sein Material ist aber faul; denn was brachte er vor? Im Wahlkreise Posa-domsky's war unser Kandidat, Genosse Sebering, unterlegen; da sollen die Sozialdemokraten in einer öffentlichen Versammlung einen Kirchenchoral gesungen haben und Sebering soll sich aktiv daran beteiligt haben. Ledebour hatte den Nachweis durch eine christliche Zeitung erbracht, daß dies unwahr ist. Der Grundstückerentümer, dem der Versammlungsraum gehört, trat in den Saal und stimmte ein Kirchenlied an, das mit ihm einige Anwesende dann gesungen haben. Der Gesang verstummte aber bald, weil sich eben nur wenige Gangeslustige beteiligten. Das christliche Blatt führte darüber Beschwerde. Sebering aber eröffnete sein Referat mit dem Hinweis auf die eigenartige Einleitung — die ganz unerwartet für ihn war und von ihm nicht gebilligt wurde. Abgeordneter Mumm begreift nicht, daß derartige Dinge gemacht werden, um zu propagieren. (Dem Referententatter ist es auch schon passiert, daß in einer seiner Versammlungen das Lied angestimmt wurde: „Deutschland, Deutschland über alles“, und daß er erst dann sprechen konnte.) Es war also wohl oder übel Mumm-pis.

Der Herr Reichstanzler, so führte Ledebour aus, bucht wie ein Ferkel durch den Saal; er ist, wenn es gilt, Rede und Antwort zu stehen, nicht da. Nicht einmal moralisch fühlt er dazu die Verantwortung, als leitender Staatsmann, in sich. Jedes Mitglied dieses Hauses hat ja das Recht, seine Unzufriedenheit mit irgendeinem Präsidium zu bekunden, dem Herrn Reichstanzler müsse er aber dieses Recht abprechen. Er ist Bureaukrat im wahren Sinne des Wortes, er kann von seinem gnädigen Herrn jederzeit ans Freie gesetzt werden und hat ja gar keine eigene Meinung. Er steht nicht über den Parteien, sondern unter Parteien und Personen.

Der dritte Sinder sollte auch einige Stiebe abbekommen. Die Partei Rosadomsky (ein Mann stark!) scheint äußerlich die einzige zu sein, welche in allen Fragen ohne Widerspruch geschlossen vorgeht. Dies ist aber nur äußerlich; denn welche Kämpfe hat der Herr Graf wohl durchgemacht, um zu seinen Ausführungen und zu den vielen Widerprüchen zu gelangen! Nach seiner Auffassung haben die Abgeordneten die Hände an die Hosennacht zu legen und Feder und Meißel zu fassen, wenn Heer- und Flottenvorlagen, Zoll- und Steuer-, Kolonial- und Handelsvertragsfragen zur Entscheidung stehen. Das muß alles das betreffende Ressort wissen, ob es nötig ist oder nicht. Der Rosa und der Dowah liegen im Konflikt.

In der Kolonialpolitik erheben wir Sozialdemokraten lauten Protest gegen den Erlaß des Staatssekretärs Solf, welcher die Beziehungen zwischen Europäern und Samoanerinnen verbietet, die Menschen also zur Prostitution treibt und darauf der Bestrafung in barbarischer Weise zuführt. Die auswärtige Politik ist nicht einwandfrei geführt worden; wir müssen auch hier gegen die geradezu verbrecherische Tätigkeit der Regierung protestieren. (Diese Ausführungen führten zu einem Ordnungsruf.) Der Redner schloß, indem er auf die Fortentwicklung des Sozialismus hinwies, unter dem Beifall seiner Parteifreunde.

Nun verteidigte sich Riederlen-Wächter, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, und lieferte denjenigen, welche ihn des öfteren schon als Wackweib bezeichneten, gutes Material. Wer ist Herr Claß? Der Vorstand der Alldeutschen, weiter aber auch gar nichts. Er hatte während der Marokkoreise mit Riederlen-Wächter im Stireite gelegen, und dieser verteidigte sich nun: Wenige Tage, ehe das Schiff nach Agadir ging, habe ich mit Dr. Claß, dem Führer der Alldeutschen, gesprochen und ihm gesagt, wir werden demnächst die Marokkoangelegenheit in Fluß bringen, wünschen aber nicht, daß in der Presse Geschrei davon gemacht wird; er soll vorsichtig sein. Auch später hat Unterstaatssekretär Zimmermann ihm ausdrücklich auseinandergelegt, daß wir nicht Teile von Marokko haben wollen. Daß ich Dr. Claß gesagt hätte, wir wollten Teile von Marokko, hat er selbst in authentischer Weise nicht geäußert; es wäre auch nicht berechtigt gewesen. Eine dritte Unterredung hatte ich mit Dr. Claß, als ich mit dem französischen Botschafter schon ziemlich einig war und angefangen der chauvinistischen Stimmung der französischen Presse wüßte, auch bei uns möchte eine patriotische Stimmung für unser Recht eintreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Claß wünschte mich zu sprechen, um zu wissen, was er nachher in einer Versammlung der Alldeutschen sagen soll. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß wir Lockspitzel nach Agadir geschickt hätten, ist eine Behauptung, die ich erst gar nicht zurückweisen will. Solche Behauptungen sind auch nicht von Herren gekommen, mit denen ich gesprochen habe; diese sind bedauerlicherweise nicht vernommen worden.

Herrn Gröber vom Zentrum ist es, scheint's, etwas unbehaglich. In seiner Rede muß er Rücksicht nehmen auf den Lockbruder, dann auf die Wähler. Er tritt ein für ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, aber für die Aenderung des Wahlgesetzes besteht für ihn kein Anlaß. „Man darf die Landbevölkerung nicht den Städten ausliefern.“ Die Militärforderungen wird das Zentrum prüfen. Die Erbschaftsteuer hofft das Zentrum nicht wieder zu sehen. Sozialpolitik wird das Zentrum aus Gerechtigkeitsgefühl treiben — nicht aus Furcht vor den Wählermassen. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie brauche man Religion. Kirche, Schule, Regierung, Gesetzgebung müssen auf religiöser Grundlage sich aufbauen. Die Ordensbrüder sollen gepflegt und gehegt, statt unterdrückt werden. So geht es weiter: Unterdrückt die Gedanken, bringt der Jugend Religion (natürlich katholische), und es wird Friede, Freude und Wohlergehen sein. (Bei den Pfaffen. D. W.)

Der zurückgetretene, oder besser gesagt zurückgepfiffene, zweite Präsident Paasche arbeitete nunmehr erst einmal der nächsten Präsidentenwahl vor. Er meint, die wenigsten Mitglieder des Hohen Hauses hätten die scharfen Worte des Herrn Scheidemann gegen das Hohenzollernhaus, die er vor einigen Jahren gesprochen hat, im Gedächtnis gehabt, als sie ihre Stimme demselben als ersten Vizepräsidenten gaben.

Nicht wir (die Liberalen) allein, auch das Zentrum wäre bereit gewesen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, wenn dieser bereit wäre, auch die herkömmlichen höflichen Verpflichtungen zu übernehmen. Und die Ermahnungen Bebels wären so zu verstehen gewesen! Trotzdem Bebel nur erklärt hatte: Wir werden alle verfassungsmäßigen und gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen, auch dem Hof gegenüber — mehr nicht.

Von der rechten Seite wurde Herr Paasche zugerufen: „Warum sind Sie denn als zweiter Vizepräsident zurückgetreten?“ Schnell, aber ohne Ueberlegung, jedoch offen und höchst wahrheitsgemäß, antwortete Paasche hierauf: „Wir wollten lieber mit der Rechten zusammensitzen als mit der Linken allein!“ Das sagt ein Liberaler. Und auf diesem Gedankengange baut sich alles weitere der Nationalliberalen auf.

Gothein, von der Volkspartei, kritisierte darauf scharf die Finanzreform und die Liebesgabenpolitik, und wünscht eine Verständigung mit England; weiter verteidigt er die Stellungnahme seiner Partei bei den Stichwahlen. Er meint ferner ganz richtig: „Die Aufregung gegen den schwarz-blauen Bloß kann man sich sehr leicht erklären, nachdem derselbe über das Portemonnaie der Kleinen Leute hergefallen ist und sich schützend vor das der großen Besitzer gestellt hat.“

Der Reichskanzler verteidigt sich gegen den Vorwurf der Unmaßigkeit in bezug auf seine Kritik der Präsidentenwahl. Dann schmeichelte er den Liberalen und meinte: „Ich nehme dankbar davon Kenntnis, daß die Liberalen nicht gewillt sind, sich mehr nach Links zu entwickeln!“

Nach dem Reichskanzler nimmt Bebel das Wort und führt aus: „Ich habe niemals eine Erklärung

abgegeben, die darauf schließen ließe, daß einer meiner Parteigenossen als Vizepräsident sich verpflichten würde, das Kaiserhoch auszubringen,“ worauf Paasche erklärte: „Das hat uns Herr Abgeordneter Schiffer (N.L.) ausdrücklich erklärt.“

Die ganze Angelegenheit artet zu einer bloßen Stimmungsmache aus. Wer Bebel kennt, der mußte selbst dann, wenn ein Mißverständnis vorliegen sollte, wissen, daß Bebel eine solche Zusage nicht gibt und nicht geben konnte.

Als weiterer Redner zum Etat sprach Genosse David. Wenn er zum Worte kommt, füllt sich das Haus. Er behandelt die Einwirkung der Finanzreform auf den Etat und führte darauf aus: Graf Rosadomsky meint, sogar die Reichen würden dem Reiche Opfer bringen; die Tatsachen strafen ihn Lügen. Die Vermögen haben sich kolossal entwickelt. In den Jahren von 1895 bis 1910 ist die Zahl der Millionäre beziehungsweise der Multimillionäre von 5300 auf 9300 gestiegen; aber die rechtsstehenden Parteien hüten sich, hier Steuererlasse zu schaffen und anzuwenden. Sie sparen lieber an den Ausgaben für soziale Zwecke und Kulturaufgaben. Zum Beispiel haben sie erklärt, es ist unmöglich, die Altersgrenze in der Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre herunterzusetzen. David führt noch eine Reihe von Beispielen an. Die neue Militärforderung kostet nicht nur viel Geld, sie gefährdet den Frieden der Völker. Verständige man sich doch mit den Regierungen anderer Staaten — das Volk ist einig —, es will keinen Krieg. Man bekämpft aber die Internationalität der Sozialdemokratie, und deutet diese derart, als ob international — antinational heiße. Man sei konsequent und stelle der Internationale der Arbeiter die gelbene, die schwarze und die bössische Internationale gegenüber. Wir sind im Interesse des Volkes international! Sie zum größten Teil gegen das selbe. Den Konservativen spielte David mächtig mit. Er erinnerte sie daran, daß sie 1907 vor Freude sich nicht mehr kannten und den Ausfall der Wahlen damals ein „Gottesgericht“ nannten. v. Liebert zitierte damals die Worte:

Da hub die Wage des Weltgerichts
Zum dritten Male der Herr des Rechts,
Und warf den Drachen vom goldenen Stuhl
Mit Donnerkrachen hinab in den Puschl.

So damals! — Was sagen Sie (zur Rechten) heute! Nennen Sie es heute auch ein Gottesgericht? (Die 110.) Weiter führte David dem Zentrum und den Konservativen ihre Kampfweise vor Augen, und meinte: „Ich würde mir wünschen, daß wiederum eine Umsturzdebatte, durch eine Zuchthausvorlage, sich entfalten könnte; wiederum würden wir die ganze Diskussion wie das letztemal druden lassen und zur Verteilung bringen und wieder würde die Zahl unserer Stimmen sich mehren.“

„Wenn es zur Revolution je kommen sollte, so sind Sie (zur Rechten) die Urheber, weil Sie die freie Entwicklung mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln auf Grund der rohen Gewalt hemmen!“

Die vorzüglichen Ausführungen Davids fanden bei den Sozialdemokraten lebhaften Beifall.

Der Debatte über den Etat folgte eine Interpellation betreffs Aufhebung des Zolles auf Mais, Futtermittel und Kartoffeln. Von der freisinnigen Volkspartei begründete sie der Abgeordnete Dr. Wendorf. Er ist selbst Großgrundbesitzer, weshalb seine Ausführungen gegen die hohen Zölle im allgemeinen und gegen den Zoll auf Futtermittel und Kartoffeln wohl beachtet werden dürfen.

Von sozialdemokratischer Seite sprach der Abgeordnete Bod. Seine Rede gipfelte darin: Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, wer dessen Volkskraft erhalten will, wer die Industrie leistungsfähig wünscht, der sorge für billige Nahrung, für einen gesunden und gut genährten Arbeiterstand und deren Nachkommen.

Ferner sprach noch Genosse Antrich, der wertvolles Material über die Wirkung der Zölle herbeibrachte. Der Regierungsvorredner erklärte schließlich, daß eine zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Frühkartoffeln eintreten wird.

Im Laufe der letzten Woche fand dann noch die internationale Konvention gegen den Mädchenhandel allgemeine Zustimmung, allerdings bei den verschiedenen Parteien in sehr abweichender Form. Genosse Göhre wies auf die tieferen Ursachen sozialer Natur des ganzen Übels hin und zeigte die Mängel, die die Abmachung noch hat. Ferner wurde noch die erste Beratung des Entwurfs eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes vorgenommen. Die Neuregelung soll natürlich wieder mit einer Ausdehnung der Rechte und Befugnisse der Verwaltungsbehörden verknüpft werden, gegen die sich Genosse Liebknecht wendete, dem in erster Linie an einer Eindämmung der Polizeiwilkkür gelegen ist. Der Entwurf ging an eine Kommission und das Haus vertagte sich dann auf einige Tage.

Allgemeine Rundschau.

Klein aber fein präsentiert sich der Landtag für Schwarzburg-Rudolstadt. Es sitzen in ihm in der Mehrzahl Sozialdemokraten und diese haben jetzt als Präsidenten und als Vizepräsidenten Mitglieder ihrer Fraktion gewählt, weil bei den vorhergegangenen Besetzungen dieser Posten die Bürgerlichen unsere Genossen, trotzdem diese schon immer ein starkes Kontingent bildeten, gänzlich ausgeschaltet hatten. Unsere Genossen haben auch bereits eine Reihe freierwilliger Gesehntwürde als Antwort auf das Vorgehen der Regierung eingebracht, da diese eine Steuerreform mit einer Wahlrechtsverschlechterung vertuppeln wollte. Es wird unter diesen Umständen also wohl bald zu Konflikten und eventuell zu der Landtagsauflösung kommen.

Für die Arbeiterinnen.

Ein bürgerlicher Frauenkongreß findet vom 27. Februar bis 3. März in Berlin statt. Mit dem Kongreß, der eine Veranstaltung des Bundes deutscher Frauenvereine ist, ist eine Ausstellung für Frauenarbeit verbunden, die unter dem Protektorat der Kaiserin steht. Unter der kaiserlichen Gnadensonne haben sich Vaterländische Frauenvereine, konfessionelle Vereine der verschiedenen

Bekanntnisse, Vereine, die rein charitativen Charakter tragen, daneben Frauenstimmrechtsvereinigungen, christliche und kirchliche Arbeiterinnengruppen zusammengefunden. Reaktionen und radikale Vereinen sich also auf der gemeinsamen Grundlage ihres Bekenntnisses zum Kapitalismus.

Die sozialdemokratischen Frauen und die weiblichen Mitglieder der freien Gewerkschaften, also jene Frauengruppen, die berufen sein werden, die entscheidenden Schlachten für die Befreiung des Weibes zu schlagen, sie fehlen. Sie haben auf diesem Kongreß nichts zu suchen! Sie sind dort zu finden, wo sich die Sturmfronten wider den Kapitalismus formieren und werden am Sonntag, 3. März, in sieben der größten Säle Berlins zusammenzutreten, um freudig und stolz ihr Bekenntnis zum Sozialismus abzulegen.

Arbeiterinnenfürsorge in der Schweiz.

In der Schweiz wurde vor einigen Wochen durch eine Volksabstimmung ein neues Kranken- und Unfallversicherungsgesetz angenommen, das für die Arbeiterinnen wesentliche Vorteile enthält. Bisher waren in der Schweiz nur 8 pzt. der arbeitenden Frauen und nur 1 pzt. der arbeitenden Kinder gegen Krankheit versichert. Das neue Gesetz erleichtert den Arbeiterinnen nun den Beitritt zu den Krankenkassen in derselben Weise wie den männlichen Arbeitern, weil er nun auch für die Arbeiterinnen staatliche Jahreszuschüsse gewährt wird. Für die Frauen soll sogar ein höherer Staatsbeitrag gezahlt werden als für die Männer. Für Männer und Kinder, die von ihrer frühesten Jugend an bis zum vierzehnten Lebensjahre gegen Krankheit versichert werden können, wird der Staat pro Kopf Fr. 3.50 zahlen, für Frauen aber Fr. 4. Es wird der höhere Zuschuß mit der größeren Krankenziffer der Frauen begründet. Außerdem zahlt der Staat für jedes Wochenbett der versicherten Arbeiterinnen Fr. 20 Staatszuschuß, weitere Fr. 20 erhalten jene Wöchnerinnen direkt von den Krankenkassen ausbezahlt, die ihr Kind selbst ernähren, doch ist dann die Arbeitsaufnahme während zehn Wochen nicht gestattet.

Besonders bemerkenswert sind die Renten, die an die Witwen und Waisen der bei Unfällen Verunglückten gezahlt werden sollen. Die Witwe des Unfallverstorbenen bekommt jährlich eine Rente von 30 pzt. des männlichen Verdienstes. Wenn sie sich wieder verheiratet, bekommt sie die dreifache Rente als Abfindung ausgezahlt. Die Rinderrente dauert bis zum sechzehnten Lebensjahre und beträgt 15 pzt.

Das Gesetz über die Sozialversicherung sieht bekanntlich für die Witwen- und Waisenversorgung keine Renten vor, sondern nur eine einmalige Abschlagszahlung, die selbstverständlich so niedrig ist, daß die Familie nicht davon leben kann. Wir sehen nun, daß in dem Schweizer Gesetz die Renten eingeführt sind, die den Witwen und Waisen so viel mehr bieten und den Staat doch nicht mehr belasten würden, als die einmalige Abschlagszahlung, da ja die mittellosen Waisenkinder immer wieder dem Staat, dem Land oder der Gemeinde zur Last fallen müssen.

Das schweizerische Gesetz bringt den Arbeiterfrauen große Vorteile, und es ist begreiflich, daß die Unternehmer und die besitzenden Klassen diesem Gesetz große Schwierigkeiten bereitet haben, um so größer ist der Erfolg der Arbeiterschaft, die seine Annahme durchgesetzt hat.

Berichtigung.

Der Artikel des Verbandsvorstandes in Nr. 6 dieser Zeitung vom 8. Februar 1912 unter der Ueberschrift „An die Verbandsmitglieder“ ist durch falsche Darstellungen und Weglassungen des wahren Sachverhalts über die Verschmelzungsfrage der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäder und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden) mit dem Verbandsverband der Bäder und Konditoren Deutschlands geeignet, genannte Kasse zu schädigen und deren Vertreter in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, deshalb fühlt sich der Unterzeichnete veranlaßt, zur Richtigstellung nachstehendes zu berichten: Der Zentral-Krankenkasse gehörten niemals zirka 4000 Verbandsmitglieder an, sondern nach einer im Jahre 1910 von den örtlichen Verwaltungsstellen selbst vorgenommenen Statistik hatte die Zentral-Krankenkasse 4787 Mitglieder; von den 20 000 Verbandsmitgliedern gehörten der Zentral-Krankenkasse nur 2610 Mitglieder an, 513 waren in anderen Verbänden, in der Mehrzahl im Wälderverband, und 1662 waren unorganisiert. 3400 waren einfach und 1387 doppelt versichert.

Der Artikel besagt weiter: „Die Reichsversicherungsordnung hatte gerade noch gefehlt, um der Zentralkasse die Existenz vollständig unmöglich zu machen“; das würde aber nur dann zutreffend sein, falls sich die Zentral-Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung in eine befreiende „Ersatzkasse“ umwandeln wollte. Dafür war aber der Kassenvorstand wegen der vernichtenden Bestimmung der Reichsversicherungsordnung von vornherein nicht zu haben, sondern trat selbst für die Umwandlung in eine Zuschußkasse ein, hielt aber eine solche vor der Inkraftsetzung der Reichsversicherungsordnung nicht für notwendig, sondern für die Kasse schädigend. Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung finden aber auf Zuschußkassen gar keine Anwendung, und kann dadurch die weitere Existenz einer Zuschußkasse nicht gefährdet werden, wird aber die Erhaltung von Zuschußkassen um so notwendiger machen. In keiner Generalversammlung war ein Antrag auf Auflösung der Zentralkasse gestellt. 1904 wurde der Antrag auf Umwandlung in eine Zuschußkasse von Allmann befürwortet, von Gehschold aber bekämpft und mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Auch zur ordentlichen Generalversammlung 1910 in Berlin waren von Braunshweig, Köln, Hamburg und Leipzig nur Anträge auf Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse gestellt, während der Antrag Altona nur zu erwägen gab, „ob und wie ohne Nachteile der Kassemitglieder ein Zusammenschluß der Kasse mit dem Verbandsverband zu erzielen sei“. Da der Vorstehende die Ausführung dieses Beschlusses nicht für möglich hielt, aber eine Beanstandung seitens der Aufsichtsbehörde zu vermeiden suchte, aber auch die Kasse vor den Kosten einer unnötigen außerordentlichen Generalversammlung bewahren wollte, ließ derselbe nach vorherigem Einber-

nehmen mit den anwesenden Vorstandsmitgliedern, dem Beschlusse den Zusatz zuzufügen: „In der Voraussetzung, daß im nächsten Jahre die Reichsversicherungsgesetzgebung...

Beim Verlesen des Protokolls wurde die Streichung dieses Zusatzes beschlossen. Seitens der Aufsichtsbekörderung wurde aber unter Hinweis auf die Bestimmungen in § 13 des Hilfskassengesetzes, nach welchen zu ändern Zweck als den in § 12 bezeichneten Unterstützungen und zur Deckung der Verwaltungskosten weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen dürfen...

Auf der nunmehr vom Verbandsvorstande einberufenen Konferenz am 12. April 1911 in Hamburg, wurden die Vertreter des Kassenvorstandes durch Drängen und Drohung der Verbandsvertreter zu der Erklärung gezwungen, eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse einzuberufen. Weil man uns drohte, andernfalls den zehnten Teil der Mitglieder zu veranlassen, uns zu zwingen, eine außerordentliche Generalversammlung auf Grund der statutarischen Bestimmungen einzuberufen...

Eine Abmachung, den Entwurf vorher an den Verbandsvorstand zu senden, ist uns nicht erinnerlich.

Zu der am 24. September stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurde der vom Vorstand ausgearbeitete Statutenentwurf (III. Nachtrag) auf Umwandlung in eine Zuschußkasse und die gestellten Anträge wurden statutengemäß rechtzeitig allen örtlichen Verwaltungsstellen und Abgeordneten zur Stellungnahme zugestellt, auch der örtlichen Verwaltungsstelle Altona, welcher drei Vorstandsmitglieder des Verbandes, Allmann, Friedmann und Kahl, angehören, denen ja dadurch Gelegenheit gegeben war, davon Kenntnis zu nehmen.

Eine diesbezügliche Erklärung abzugeben, war der Vorsitzende gar nicht imstande, weil sich der Kassenvorstand mit dieser neuen Frage überhaupt noch nicht befaßt hatte. Er erklärte aber zugleich, daß auf Grund der einstimmig gefaßten Beschlüsse eine nochmalige außerordentliche Generalversammlung vor der ordentlichen Generalversammlung 1913 nicht nötig sei.

Ein Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung, daß der Kassenvorstand mit dem Verbandsvorstand in Dresden eine Sitzung abhalten solle, ist nicht gefaßt worden, aber dieselbe fand gelegentlich der Anwesenheit des Verbandsvorstandes in Dresden am 2. Oktober statt. In dieser Sitzung erklärte der Kassenvorstand, daß er auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung es ablehnen müsse, vor der ordentlichen Generalversammlung 1913 noch eine außerordentliche einzuberufen, und daß er für eine Auflösung der Kasse im Interesse der Mitglieder nicht zu haben sei.

Eine Auflösung der Kasse sei aber auch nicht der Wille der Delegierten gewesen, sonst hätten sie nicht solche weittragende Beschlüsse für das Fortbestehen der Kasse fassen brauchen. Es wurde aber auch dem Verbandsvorstand gesagt, daß unsere Zentralkasse, nachdem dieselbe auf die ganze Nahrungsmittelindustrie ausgedehnt worden ist, ganz gut bestehen würde, wenn die Gegenagitation vom Verband unterbleibe. Für den Kassenvorstand und Ausschuß sind aber nur die Beschlüsse der Generalversammlung maßgebend, nicht aber der bloße Wille, oder richtiger gesagt Wunsch, einiger Delegierten. Derselbe konnte deshalb auch gar nicht anders handeln, als die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zwecks Auflösung der Kasse zugunsten der Verbandsbeirichtung abzulehnen. In der letzten Aussprache am 16. Dezember 1911 erklärte aber der Kassenvorstand, der Kassenvorstand sei verpflichtet, das Interesse der Kasse zu wahren und die Rechte sämtlicher Kassemitglieder zu vertreten, er könne sich als Kassenvorstand aber nicht dazu hergeben, zugunsten der Verbandsbeirichtung oder eines Teiles der Mitglieder zirkuläre die Hälfte der andern Kassemitglieder, um ihre Rechte und Ansprüche zu bringen, das wäre ein Betrug an den Kassemitgliedern, welche nicht dem Wäckerbunde angehörten. Dem Vorschlage des Kollegen Reymann, die Veröffentlichung des Beschlusses, betreffend die neue Beitragsstaffel, nicht vor dem 1. Februar vorzunehmen, ist man nicht nachgekommen, denn bereits am 28. Dezember erfolgte die Bekanntmachung des Beschlusses.

Am 20. Dezember stellte der Verbandsvorstand dem Kassenvorstand das Ultimatum, sich bis 1. Februar 1912 zu erklären, ob derselbe genehmigt ist, zugunsten der Verbandsbeirichtung die freie Zuschußkasse aufzulösen und die

Mitglieder, welche dann im Verband in die Beitragsstaffel A 1 übertreten, zu verpflichten, bei der Auflösung auf ihren Anteil an etwa verbleibendem Vermögen der Kasse zugunsten des Verbandes zu verzichten. Fällt der Beschluß in dem oben bezeichneten Sinne aus, dann halten wir uns selbstverständlich an die gegebenen Versprechungen gebunden, daß der Verband dann sämtliche Angestellten der bisherigen Hilfskasse zu übernehmen hat und sie nach ihren Fähigkeiten im Dienste der Organisation zu beschäftigen hat; im andern Falle sind diese gemachten Zusagen erledigt. In demselben Schreiben teilt auch der Verbandsvorstand mit, daß er das Fachblatt als offizielles Organ der Zentralfrankentasse nur noch bis 31. Dezember 1911 betrachtet und die Bezeichnung von da ab wegfällt. Unterm 21. Dezember teilt derselbe auch schon sämtlichen örtlichen Verwaltungsstellen der Kasse mit, daß mit Ende dieses Jahres das Bestehen der Kasse aufgehört habe, da sich dieselbe ab 1. Januar 1912 in eine Zuschußkasse umwandelt. Es hat demzufolge auch mit diesem Termin der Vertrag, den unsere Organisation mit der Kasse hinsichtlich unseres Blattes als Publikationsorgan der Kasse befaßt hat, aufgehört zu bestehen.

Obgleich dieser Vertrag nicht wieder erneuert worden war, aber stillschweigend weiter danach gehandelt wurde, was der Verbandsvorstand in seinem Schreiben selbst zugibt, und nach dem Vertrag beiderseits eine vierteljährliche Kündigung bestand, und von einem Aufhören der Kasse keine Rede sein kann, denn es besteht noch dieselbe Kasse, nur daß sie nicht mehr von der Zwangsversicherung befreit, entzog man der Kasse plötzlich die Zeitung als Organ. Nebenfalls, um sich gegen die Angriffe des Verbandes nicht mehr wehren zu können. Dieses Vorgehen der Verbandsleitung machte jede weitere Erklärung seitens des Kassenvorstandes überflüssig; es zeigt aber deutlich, daß sie nicht einen Zusammenschluß mit der Kasse, sondern die Vernichtung der Kasse will. Schon auf der Konferenz in Hamburg sprach sich der Verbandsvertreter Friedmann dahin aus, daß man mit der Zentralfrankentasse auf-räumen müsse.

Wir, der Kassenvorstand und Ausschuß, sind aber anderer Meinung und haben nur unsere Pflicht getan, für die Erhaltung der Zentralfrankentasse in Interesse ihrer Mitglieder einzutreten. Wir sind nicht dafür, eine Einrichtung, welche anerkannt segensreich für die Kollegenchaft gewirkt hat und auch als Zuschußkasse noch segensreich wirken kann, wenn jeder sein möglichstes dazu beiträgt, zu vernichten, sondern zum Wohle der Allgemeinheit zu erhalten und auszubauen. Denn etwas zu vernichten ist leicht, aber schwer wieder aufzubauen. Es liegt aber auch im eigenen Interesse der Mitglieder und Kollegen, ihre Zentralfrankentasse als Zuschußkasse weiter zu erhalten, denn dieselbe dürfte im Krankheitsfalle für viele noch zur dringenden Notwendigkeit werden, trotz der Verbands-einrichtung.

Der Kassenvorstand konnte nach den einstimmig gefaßten Beschlüssen der Generalversammlung und wegen der gesetzlichen Vorschriften nicht anders handeln; zur Auflösung der Zentralkasse zugunsten einer Einrichtung, welche nichts Besseres bietet, sondern zugunsten eines Teiles den andern Teil ihrer Mitglieder belastet und den übrig bleibenden Teil der Kassemitglieder entrechtet, kann sich der Kassenvorstand nicht hergeben. Der Weg einer Angliederung zu einer Unterstützungsvereinigung mit gleichen Rechten und Pflichten aller Mitglieder, so wie er vom Kassenvorstand auf dem Verbandstage vorgeschlagen wurde, und auf welchem es möglich gewesen wäre, die Zentralfrankentasse mit Aktiven und Passiven überzuführen, wurde ja vom Verband abgelehnt und damit der Anschluß von vornherein unmöglich gemacht.

Der Kassenvorstand.

J. A. Karl Pietschmann, Vorsitzender.

Wir haben vorstehende „Berichtigung“ vollinhaltlich gebracht, obgleich eine preßgesetzliche Verpflichtung hierzu, auf welche sich eigentümlicherweise der Vorsitzende der E. G. 42 gegenüber unserer Redaktion glaubte berufen zu müssen, keineswegs vorlag. Aber es wäre wirklich schade gewesen, wenn unsere Mitglieder, insbesondere diejenigen, welche als Delegierte den Generalversammlungen der Dresdner Hilfsfrankentasse beiwohnten, nicht auch noch von dieser, vom Vorsitzenden Karl Pietschmann vollständig verkehrt zusammengesetzten Darstellung der Tatsachen Kenntnis erhalten hätten. Diese Mitglieder sind es ja auch, welche letzten Endes das Urteil abgeben werden, ob die ganzen Verhandlungen seitens des Verbandsvorstandes vom Geiste einer Vergewaltigung der E. G. 42 getragen war.

Anzeigen.

Kollegen, Sie schädigen sich selbst, wenn Sie Ihre Fettwaren nicht aus erster Hand beziehen. Die untenstehende Firma liefert garantiert reines, doppelt geklärtes, ausgebratenes, deutsches Schweineschmalz von vorzüglicher Güte ohne Salz und Wassergehalt, wobei Sie absolut keinen Verlust haben, für M. 54 pro Zentner ab Stettin gegen Nachnahme. Steam & Pure Lard billigt. [M. 5]

H. Hölterling & Reinke, Stettin.

Haben einen perfektionierten Backofen und suchen noch einen gut haltbaren Artikel zu machen, den wir an die Spezereihändler verkaufen können. Zucker ausgeschlossen, aber Sirupe oder Invertzucker gestattet. [M. 5]

Stauffer & Co., Enghien (Belgien).

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prom, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, l. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker. Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestehend.

Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler, [M. 4]

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde. Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erholen. Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Sonntag, 3. März: Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstraße 32. — Coburg: 3 Uhr im Restaurant „Neu Welt“. — Dortmund: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bessingstraße. — Duisburg: 3 Uhr im Restaurant „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Klenburg: 2 Uhr bei Andresen, Nordtorbierhalle. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Gießhacht: 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Hannover (Brotfabrikbranche): Bei Wolf, Schillerstr. 4. — Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 28. — Hof: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Jmenau: 2 Uhr im „Zentralhotel“. — Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Marktredwitz: 2 Uhr bei Göb, Schreinerberg. — Meuselwitz: 3 Uhr, „Zum deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Pruschinski. — Rostock: 2½ Uhr, Beguinenberg 10. — Rudolfsstadt: 3 Uhr, „Zum Gambinus“. — Schmolln: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — Suhl: 3 Uhr in Dombergstr. „Anstalt“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Thorn: 2 Uhr. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wegefar: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rohls-Straße 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus. — Weilar: 3 Uhr, „Zum Kaiserhof“, Sylhöferstr. 5.

Montag, 4. März: Dierfen: Bei Hahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße.

Dienstag, 5. März: Forst i. d. L.: Bei Lademann, Bahnhofstr. 26. — Genua: 3 Uhr, „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — Nürnberg: 5½ Uhr, „Historischer Hof“. — Stendal: 6 Uhr bei Grothe, Elisabethstr. 3.

Mittwoch, 6. März: Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — Schwabach: 5 Uhr „Zum Walfisch“.

Donnerstag, 7. März: Berchtesgaden. — Danzig: 3 Uhr bei Schatz, Fischmarkt 6. — Freiburg i. Br. (Sektion I): 3 Uhr, „Stadt Neuyork“, Lalsfr. 11. — Guben: „Zum Fürsten Blücher“, Zindplatz. — Karlsruhe: 3 Uhr im Restaurant „Zur Karlsburg“, Akademiestr. 30. — Luckenwalde: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weeliger Straße. — Offenbach: 2 Uhr, im „Storch“, Schloßstraße.

Freitag, 8. März: Braunschweig (Bäcker): 3½ Uhr im „Fürstenthof“, Stobenstraße. — Halle a. d. S. (Konditoren und Fabrikbranche): 8 Uhr, „Zu den drei Königen“, Klausstraße 7.

Freitag, 9. März: Lüdenscheid: 8½ Uhr im „Ratskeller“, Herzogstr. 3. — Osnabrück: 8 Uhr bei Müller, Lohstr. 50.

Sonntag, 10. März: Altenburg: 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bergedorf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Bremerhaven: 3 Uhr im „Bayerischen Hof“, Lange Straße 18. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr, „Zum alten Museum“, Karlsplatz. — Essen a. d. Ruhr: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Rotstr. 29. — Halberstadt. — Halle a. d. S. (Außer ordentliche gemeinsame): 3 Uhr im „Volkspark“. — Hagen-Schwerte: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Minden i. Westf.: 4 Uhr in Holz „Kolosseum“, Hermannstraße. — Neuf: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furter Straße 110. — Oldenburg: 9½ Uhr bei Beckhufen, Kurstr. 28. — Pflauren i. B.: 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“. — Remscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Livoli“, Gerberstr. 28. — Sonneberg: 3½ Uhr im „Vergißmeinnich“ bei Laufer. — Weiden: 1 Uhr, „Zur Sonne“. — Wittenberg (Galle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Löpferstr. 1. — Wolfenbüttel: 4 Uhr bei Fricke, Fischerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Vetenbindehof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co. in Hamburg.